

Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit
Ausgabe 2, 2005, 35. Jahrgang, Einzelheft 2,50 €

www.zivil.de



Dossier

Rüstungsexport

Einspruch gegen das
Geschäft mit dem Tod

Blickpunkt
Eritrea

Terror gegen Kriegsdienstverweigerer
und Deserteure

for zivis only –
12 Seiten extra

2/05

LebensMittel Wasser



Foto: Jörg Böthling

Wer Wasser will, soll zahlen...

Es gibt internationale Bestrebungen, auch die Wassermärkte zu „liberalisieren“.

Wer die Ware Wasser nicht bezahlen kann, sitzt auf dem Trockenen.

Wie die Menschen vor den verschlossenen Rohren in diesem philippinischen Slum.

„Brot für die Welt“ und viele der Partner im Süden setzen sich dafür ein,
dass der Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht durchgesetzt wird.

Bitte unterstützen auch Sie uns.

**Brot
für die Welt**
www.brot-fuer-die-welt.de

Postbank Köln
Konto 500 500-500
BLZ 370 100 50
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



Als spendenwürdig
empfohlen

Intern



Stuttgart, den 18.4.2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

die aktuelle Diskussion um die Aufhebung des Waffenembargos der Europäischen Union gegen China macht die Frage deutlich, um die es beim Handel mit Rüstung letztlich immer geht: Geld oder Moral?

Handel heißt Geld. Waffenhandel heißt viel Geld.

Der globale Markt für Kriegsgerät ist kaum vorstellbar. 956 Milliarden US-Dollar gaben die Staaten der Welt im Jahr 2003 für ihre Armeen aus, das Zehnfache der Entwicklungsleistungen aller OECD-Länder zusammen.

Die einen kaufen, die anderen verkaufen.

Deutschland verkauft. Rüstungsgüter im Wert von 4,9 Milliarden Euro wurden allein im Jahr 2003 aus Deutschland in 111 Empfängerstaaten verkauft. Tendenz steigend.

China kauft. Und zwar mehr als andere. Das Reich der Mitte, so hat es Ministerpräsident Wen Jiabao im März bekräftigt, will die veraltete Armeeausrüstung in allen Bereichen modernisieren. Ein gigantischer Absatzmarkt, den bislang hauptsächlich Russland beliefert.

Moral heißt Menschenrechte. China tritt die Menschenrechte mit Füßen. Keine Meinungsfreiheit, keine Pressefreiheit. Einige der oppositionellen Studentenführer von 1989 sind noch heute in Haft. Allein in den Monaten Dezember 2004 und Januar 2005 wurden nach Angaben von amnesty international mindestens 650 Menschen hingerichtet. Obendrein geben sich die Machthaber per Gesetz die Lizenz zum Angriffskrieg gegen Taiwan: Der Volkskongress ermächtigte Chinas Armee „zu nicht friedlichen Mitteln und anderen notwendigen Maßnahmen“, sollte sich Taiwan von Festland-China abspalten. Dennoch will die Europäische Union, allen voran Bundeskanzler Schröder und der französische Staatschef Jacques Chirac, das Waffenembargo aufheben. Sollen Chinas Menschenrechtsverletzungen und die Kriegsdrohung gegen Taiwan belohnt werden? Will man andere Machthaber zu ähnlicher Verrohung ermutigen? Soll um den Zusammenhalt Chinas dereinst mit deutschen Waffen gekämpft werden?

Den Europäern, so klagen nicht nur Chinas Dissidenten, geht das Geld eindeutig über die Moral. Dabei sind die Profiteure aus sämtlichen Rüstungsgeschäften nur vordergründig ein Gewinn und nur für diejenigen, die sich um Folgekosten nicht scheren. Um die Bilanzen nämlich, die dann entstehen, wenn die gekauften Waffen auch eingesetzt werden und Vernichtung, Zerstörung und Vertreibung bringen. Schon ohne Krieg bringt der Waffenhandel vor allem für arme Empfängerstaaten Not und Elend, denn das für die Waffen ausgegebene Geld fehlt den Menschen für Ernährung, Bildung und medizinische Versorgung. Fast ein Viertel des landeseigenen Sozialproduktes, genau 23,5 %, gibt das bettelarme Land Eritrea für Rüstungszwecke aus. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 1,5 %.

Die einen kaufen, die anderen verkaufen.

Deutschland verkauft.

Mehr über deutsche Geschäfte mit dem Tod im zivil-Dossier ab S. 19

Mehr über die Situation in Eritrea im Blickpunkt ab Seite 14

Herzlich, Ihr

Inhalt

Briefe.....	4
Impressum	4
News	5
KDV international	8
Film.....	10
Buch	11

Einsichten

Zum Tod von Johannes Paul II: Worte für den Frieden, gegen Krieg und Gewalt.....	13
--	----

Blickpunkt

Eritrea – Terror gegen Kriegsdienst- verweigerer und Desserteure.....	14
--	----

Graffiti	18
----------------	----

Dossier

Rüstungsexport – Einspruch gegen das Geschäft mit dem Tod	19
--	----



Deutsche Rüstungsexportpolitik auf Abwegen.....	20
„Öl ins Feuer bestehender Konflikte“.....	22
Kommentar: „Organisierte Kriminalität“	23
Deutsche Waffen auf den Schlachtfeldern der Welt	24
„Am Ende wird's immer ein Gewehr“ – Besuch in Oberndorf.....	26

Krieg und Frieden

Wie Großbritanniens Berufsarmee die Nachwuchssorgen löst.....	29
--	----

Preisrätsel.....	32
Wer war's?.....	33
zivil-Shop.....	34
Berufe.....	35
Gedanken.....	38

Galerie

Bernhard Heisig „Christus verweigert den Gehorsam“	39
---	----

Titelgrafik: zivil

Das Papier für zivil wurde aus 100%
Altpapier hergestellt und enthält keine
optischen Aufheller

**Betr.: zivil 1/05,
Dossier „Frieden als Beruf“**

An Eurem Magazin finde ich super, dass Ihr Euch vor allem in dieser Ausgabe so sehr mit der Schaffung von Frieden und Gewaltprävention beschäftigt. Denn ich bin der Meinung es gibt und gab auf der Welt schon mehr als genug Tote durch Kriege, dieser Zustand muss so bald wie möglich ein Ende haben und jeder Einzelne kann ein Wenig dazu beitragen!!

Sandro Di Natale, Mannheim



**Betr.: zivil 1/05,
Blickpunkt „Kriegsdienst-
verweigerer in der NS-Zeit“**

Ich bin Verwaltungsangestellter einer Sozialstation und überfliege Ihre Zeitschrift wenn unsere Zivis sie offen liegen lassen. Diesmal bin ich bei Ihrem Bericht über die KDV während des Krieges hängen geblieben. Der Bericht ist sehr informativ, leider kann ich die Zeitschrift nicht behalten da sie ja dem Zivi gehört. Zu dem erwähnten Pfarrer Metzger möchte ich darauf hinweisen, dass die kath. Kirchengemeinde Bad Rappenau im letzten Jahr eine Wanderausstellung zu Pfarrer Metzger zeigte, sicher ist diese auch an anderen Orten zu sehen.

Jochen Schön, Bad Rappenau

Anmerkung der Redaktion: Die Ausstellung über Pfarrer Metzger wird u. a. vom 12. bis 19. Juni in Rheinfelden (Evang. Tagungs- und Begegnungsstätte Schloss Beuggen) zu sehen sein. Weitere Info: pax christi, Bistumsstelle Freiburg, Onkenstraße 15, 79108 Freiburg, Telefon 0761/5244269

Der erwähnte Kriegsdienstverweigerer Martin Gauger ist in der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein am 15. April 1941 umgebracht worden, nicht in Buchenwald. Er ist am Abend des 14. April mit 93 weiteren Männern aus dem KZ Buchenwald dahin gebracht worden, da die SS noch nicht über die technischen Voraussetzungen und die organisatorischen Erfahrungen für die Massenvernichtung verfügte. In den Konzentrationslagern wurde die Sterbeurkunde mit fingierter Todesursache und falscher Todesart und falschem Todesort ausgestellt. Pirna-Sonnenstein war zu dieser Zeit eine „Euthanasie“-Anstalt. Dies ist erst in den letzten Jahren bekannt geworden.

Manfred Schwarz, Senftenberg

Anmerkung der Redaktion: Eine Ausstellung unter dem Titel „Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich“ wird im Juli und August 2005 in der Ev. Peter-Paul-Kirche in Senftenberg bei Berlin zu sehen sein (Mi-Sa, 15-18 Uhr). Sie wird organisiert von der Friedensbibliothek und vom Antikriegsmuseum der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg.

**Betr.: zivil –
Anregungen, Kritik, Lob...**

Ein Lob an die gesamte zivil-Redaktion: Eine wirklich tolle Zeitschrift mit interessanten und vor allem aktuellen Themen. Auch das Rätsel von Michael Wilke macht immer wieder aufs Neue Spaß.

Cornelius von Marck, Isernhagen

Der Lichtblick des Monats!

Kilian Schieri, Bochum

Ich war mal Zivi, 1979. Mich würden Biografien ehemaliger Zivis interessieren, Auswirkungen auf das weitere Leben, Ehemaligentreffen usw.

Karsten G. Hardung, Bielefeld

zivil zu lesen macht mir immer wieder viel Freude. Ich hoffe, dass durch regelmäßiges Lesen das Geschichtsbewusstsein der jungen Zivis geweckt wird.

Ulrich Weidt, Freiburg

Gerne nutze ich die Gelegenheit, um Ihnen herzlich Danke zu sagen für Ihre Arbeit. In zivil finde ich immer wieder anregende Hinweise und erfrischende Einsichten. Im Vergleich zu den sonst meist doch sehr trockenen Fachzeitschriften sind Ihre Hefte sehr angenehm zu lesen und laden immer sofort zum Blättern ein.

Rolf Kannen, Ehrenkirchen

Einteilen und Austeilen

Wer teilt ein in „Gut“ und „Böse“?
Wer verteilt das Etikett?
Vorurteile, Ängste, Lügen –
und die Trennung ist komplett.
Kriege werden vorbereitet
mit viel Macht und noch mehr Geld.
Zäune, Mauern, Gräben, Grenzen
teilen unsre schöne Welt.

Wer teilt ein in „Fremde“ – „Freunde“?
Wer schaut in der Menschen Herz?
Schwarze, Weiße, Rote, Gelbe –
immer größer wird der Schmerz.
Hier ein Haus wie eine Festung,
dort ein halb zerrissnes Zelt.
Ohne Heimat, ohne Hoffnung
irren Menschen durch die Welt.

Wer teilt ein in „Arme“ – „Reiche“?
Wer bestimmt das Los der Zeit?
Arme brauchen nicht nur Spenden
sondern auch Gerechtigkeit.
Sie sind arm, weil wir so reich sind –
ob uns das Gewissen quält?
Gleiche Chancen – fairen Handel
gibt es kaum in dieser Welt.

Einer hat den Kreis durchbrochen,
er nimmt jeden Menschen an.
Jesus zeigt uns, wie das Leben
lebenswerter werden kann.
Er hat ohne Unterschiede
ausgeteilt, statt eingeteilt,
zeigt durch grenzenlose Liebe
wie man teilt und Wunden heilt.

Helmut Fischer, Geissenheim

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDI erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabonnement.

Herausgeber:

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Wachmannstraße 65, 28209 Bremen
www.eak-online.de

Redaktion:

Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:

Günter Knebel, Bremen; Hans Seydel, Frankfurt; Dr. Volker Teichert, Heidelberg; Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:

Redaktion zivil, Werner Schulz, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart, Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09, E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de
www.zivil.de

Vertrieb:

EAK – Vertrieb zivil, Wachmannstraße 65, 28209 Bremen, Telefon 0421/34 40 37, Fax 0421/349 19 61

Anzeigen Berufsperspektiven:

Rodmann & Partner Kommunikation und Media-Service, Woldsenweg 14, 20249 Hamburg, Telefon 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12, Mobil 0171/5212328, E-Mail: rodmann-partner.rococo@t-online.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1.1.2005

Gestaltung:

W. Hildenbrand, Waiblingen
E-Mail: info@output-werbung.de

Druck und Verarbeitung:

Schnitzer Druck, Fritz-Klett-Straße 61-63, 71404 Korb
zivil wird gedruckt auf Papier aus 100% Altpapier ohne optische Aufheller.

Das Jahresabonnement (5 Hefte) kostet 11,50 € einschließlich Versand. Das Abo gilt für den Rest des laufenden Jahrgangs und für den darauf folgenden Jahrgang. Das Abonnement ist gegen Rechnung im Voraus zahlbar und dann jeweils zum Jahresende kündbar. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter Leserinnen und Leser durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Die Besprechung unverlangt eingesandter Bücher und CDs kann nicht garantiert werden.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten davon dürfen Kopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968

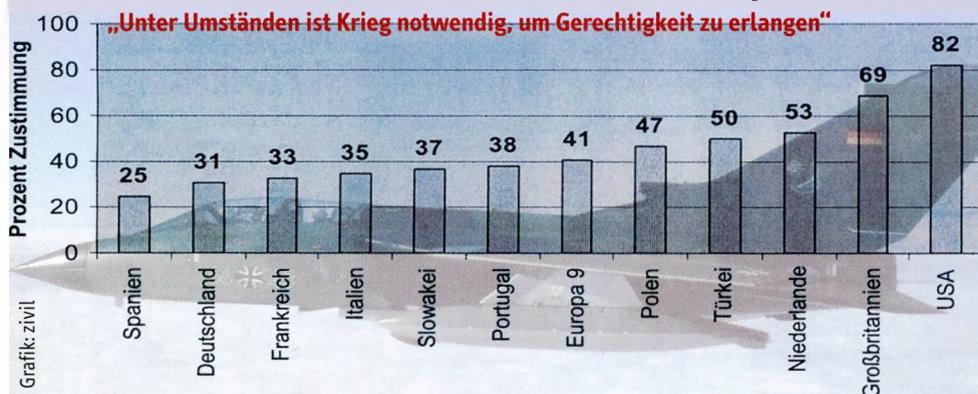
zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V.

International

Kriege als Mittel der Politik

Die Frage, ob „unter gewissen Umständen ein Krieg notwendig sei, um Gerechtigkeit zu gewährleisten“, wird von der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den USA bejaht

(82 %). In Europa schwankt die Zustimmung dagegen erheblich. Am entschiedensten gegen den Krieg votieren die Spanier, die eindeutigsten Befürworter sind die Briten. (Siehe Grafik) Diese Ergebnisse lieferte die



internationale Umfrage „Transatlantic Trends“, eine umfassende Erhebung in Europa und den USA aus dem Jahr 2004. Speziell das militärische Vorgehen zur Terrorbekämpfung lehnen unter den Europäern die Deutschen am deutlichsten ab: nur 42 % der Deutschen halten militärische Maßnahmen hier für angemessen, gegenüber 63 % in den USA. Kriege zur Sicherstellung der Ölversorgung lehnen in Deutschland 61 % ab, in Portugal nur 27 %.

Dass der Frieden am besten durch militärische Stärke gewährleistet werde, davon sind die Türken mit 59 % am deutlichsten überzeugt. Die durchschnittliche Zustimmung in Europa liegt dagegen bei nur 28 % (USA: 54 %).

Quelle: Transatlantic Trends 2004

60 Jahre Hiroshima und Nagasaki: Die Nacht der 100.000 Kerzen

In Japan und in zahlreichen anderen Orten ist es Tradition, jedes Jahr am Hiroshima-Tag, dem 6. August, auf Flüssen schwimmende Kerzen anzuzünden, ein Symbol für die vielen Menschen, die im kühlenden Wasser Rettung vor dem atomaren Feuer suchten.

Zum 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki rufen die ökumenische Initiative „Ohne Rüstung Leben“ und weitere Organisationen des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen“ zu einer „Nacht der 100.000 Kerzen“ auf. Damit sollen Verbindungen zu den großen Gedenkfeierlichkeiten hergestellt werden, die am 6. August 2005 um 8.15 Uhr Ortszeit (das entspricht 0.15 Uhr Mitteleuropäischer Sommerzeit) im Hiroshima-Memorial-Park begangen werden.



Die Initiatoren laden ein, am Vorabend des Hiroshima-Tages (Freitag, den 5. August) zwischen 22:00 und 0:15 Uhr auf städtischen Plätzen oder vor Militäreinrichtungen, in Gottes- oder vor Rathäusern, auf Flüssen oder Seen Hunderte oder Tausende Kerzen zum Geden-

ken an die Opfer der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki anzuzünden und im Rahmen dieser Aktionen die Vision „Atomwaffenfrei bis 2020“ in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Organisation „Ohne Rüstung Leben“ koordiniert bundesweit die „Nacht der 100.000 Kerzen“ und bittet Interessierte um Kontaktaufnahme per E-Mail: orl-russmann@gaia.de

Deutschland

Erlös des „Zivi-Masters 2004“ hilft Kindern in Not

Zum sechsten Mal hatte das Hochstädter Beratungsteam für Kriegsdienstverweigerer am 18. Dezember 2004 ein bundesweites Fußballturnier für Zivi-Mannschaften veranstaltet, das so

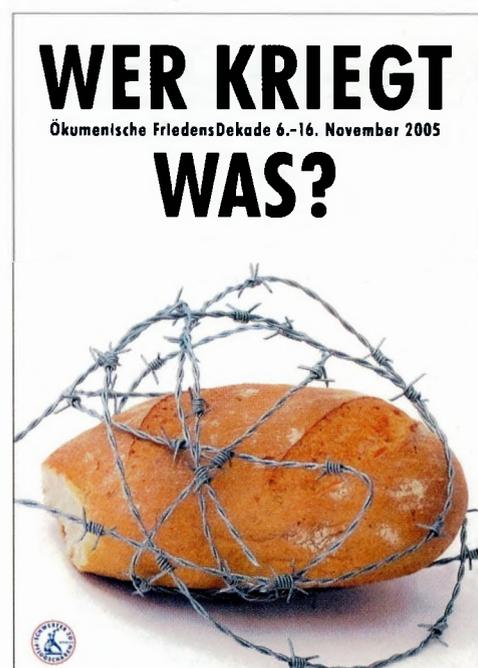


genannte „Zivi-Masters“. Aus dem Erlös der Veranstaltung konnte der Initiator des Turniers, Oberstudienrat Helmut Stein, inzwischen drei Schecks über jeweils 850 Euro an Einrichtungen schicken, die sich um Kinder in Not küm-

mern: Die Aidhilfestelle im südafrikanischen Madikwe, das Tuberkulose-Kinderkrankenhaus im russischen Jaroslavl, sowie die „Clown Doktoren“ aus Wiesbaden, die regelmäßig an Krebs erkrankte Kinder in Kliniken besuchen.

Plakat zur FriedensDekade

Das Plakat zur diesjährigen FriedensDekade, ein mit Stacheldraht umwickelter Laib Brot, wurde von der Berliner Grafikerin Kristina Milardovic gestaltet. In der Zeit vom 6. bis 16. November wird es unter dem Motto „Wer kriegt was?“ bundesweit zahlreiche Veranstaltungen geben. www.friedensdekade.de



Friedenspreise

Ehrung für russische Soldatenmütter

Die Organisation „Komitee der Soldatenmütter Russlands“ erhält am 8. November den mit 5000 Euro dotierten „Georg-Elser-Preis“ für ihren couragierten Einsatz gegen den Krieg in Tschetschenien. Die „Soldatenmütter“ zählen mit mehr als 300 Zweigstellen in Russland zu den einflussreichsten Nichtregierungsorganisationen. Der „Georg-Elser-Preis“ wird alle zwei Jahre an Menschen und Initiativen verliehen, die sich durch Zivilcourage und unerschrockenes Handeln hervorgetan haben. Der Preis erinnert an den Schreiner Georg Elser, der am 8. November im Münchener Bürgerbräukeller einen Bombenanschlag auf Adolf Hitler ausführte und deswegen von den Nazis hingerichtet wurde.

Göttinger Friedenspreis

Das „Forum Ziviler Friedensdienst“ wurde im März mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet. Die Arbeit der Organisation sei ein wichtiger Baustein in der Friedenspolitik der Bundesrepublik, hieß es in der Begründung.

Good News

Schalke 04 engagiert sich gegen Rechtsextremismus

Der deutsche Bundesliga-Verein FC Schalke 04 setzt ein Zeichen gegen Rechtsextremismus. Der Vorstand entschied, dass eine Mitgliedschaft in der NPD, bei den Republikanern (REP) oder Parteien mit gleichen oder ähnlichen politischen Zielen laut Vereinsatzung nicht vereinbar ist mit einer Schalke-Mitgliedschaft. Mitglieder einer der genannten Parteien werden künftig sofort aus dem Verein ausgeschlossen oder erst gar nicht aufgenommen. Zusätzlich wird ihnen der Zutritt zur Arena AufSchalke untersagt.

Schalke-Vorstandsmitglied und Geschäftsführer Peter Seters sprach sich deutlich gegen diese Personengruppen aus und ließ diese rechtsextremen Parteien wissen, dass sie auf Schalke nicht willkommen seien und alles getan werde, um diese bewusst aus dem Vereinsleben auszugrenzen. In den bevorstehenden Heimspielen werde Schalke außerdem zusätzlich diverse Aktionen gegen vereinzelte Neonazis in der Arena starten, die durch das Tragen einschlägiger Symbole aufgefallen sind.



Workcamp-Sommer 2005

Auch in diesem Jahr bieten zahlreiche Veranstalter ein vielfältiges Angebot an Workcamps im In- und Ausland. Workcamps sind auf internationale Begegnung ausgerichtete Freiwilligenprojekte, die zwischen zwei und vier Wochen dauern. In den Camps treffen sich junge Menschen aus der ganzen Welt. Sie arbeiten für einige Stunden am Tag unentgeltlich, gegen Kost und Logis, in Projekten des Naturschutzes, der Sozialarbeit oder in Gedenkstätten und verbringen ansonsten viel Zeit in der Gemeinschaft.



Hier einige Highlights aus dem breiten Angebot:

- Der Verein IGB in Stuttgart organisiert in diesem Jahr zum ersten Mal Projekte in Kirgistan, Island und Kolumbien. Es gibt die Möglichkeit, sich in Spanien an der Freilegung einer archäologischen Ausgrabungsstätte zu beteiligen, oder in Mexiko auf einer Farm beim Schildkrötenschutz zu helfen. Man könnte auch nach Südkorea reisen und dort mit anpacken, um Buddhas 2549. Geburtstag vorzubereiten... Programm anfordern lohnt sich.

Kontakt: Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten e.V., info@igb-workcamps.org, www.igb-workcamps.org

- „Sommerlager“ nennt die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste ihre Workcamps, die in diesem Jahr in der Zeit zwischen 2. Juli und 21. September stattfinden. Einsatzorte sind ehemalige Konzentrationslager und Gedenkstätten, aber auch soziale Einrichtungen in Europa und den USA. Das Programm kann man bestellen bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Auguststraße 80, 10117 Berlin, www.asf-ev.de

Weitere Workcamp-Programme sind erhältlich bei:

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e.V. (IJGD), Kasernenstraße 48, 53111 Bonn, www.ijgd.de

Service Civil International (SCI), Blücherstraße 14, 53115 Bonn, www.sci-d.de

Ausstellung

Purple-Hearts – mein Herz brennt

Über 100.000 Männer, Frauen und Kinder sind bisher im Krieg gegen den Irak umgekommen. Die Zahl der toten irakischen Soldaten geht in die Zehntausend, die der alliierten Soldaten hat 1.000 überschritten. Das Ehrenabzeichen „Purple Heart“ bekommen die verwundeten Soldaten und Soldatinnen der USA nur dann, wenn sie im Kampf verletzt wurden – Verletzungen durch Tretninen, Selbstmordattentate, explodierende Munitionslager zählen nicht. Die New Yorker Fotografin Nina Berman hat im letzten Jahr Irakkriegsveteranen fotografiert, die schwerversehrt aus diesem Krieg hervorgegangen sind – meist junge Männer unter 30, denen jetzt Gliedmaßen, Haut, seelische Gesundheit und Arbeitskraft fehlen. Unter dem Titel „purple hearts“ hat sie die Bilder zu einer Ausstellung zusammengestellt. Die Fotos werden begleitet von Texten der Soldaten (und einer Soldatin) selbst, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

www.purpleheartsbook.com

Termine



2. Juli, von Karlsruhe nach Pforzheim: „Tour de Frieden“ In diesem Sommer macht die Tour de France wieder mal in Baden-Württemberg Station. Karlsruhe und Pforz-

heim sind die einzigen deutschen Ziel- bzw. Start-Etappenorte. Eine Woche vor diesem europäischen sportlichen Großereignis wird eine Friedens-Fahrrad-Tour diese beiden Städte miteinander verbinden. Auf der ca. 35 km langen Fahrt mit den bunt geschmückten Fahrrädern durch insgesamt zwölf Orte werden verschiedene Stationen angefahren, die an Krieg, Gewalt und deren Überwindung erinnern. Außerdem soll die Bevölkerung unterwegs über die Inhalte und Ziele der „Tour de Frieden“ informiert werden: „EUROPA ABRÜSTEN! – Nein zu Aufrüstung und Krieg – Für ein friedliches und soziales Europa!“

Die „Tour de Frieden“ ist ein Beitrag zur Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit, zu der die Vereinten Nationen und der Ökumenische Rat der Kirchen aufgerufen haben. Sie wird von folgenden Organisationen getragen: Friedensbündnis Karlsruhe, Friedensinitiative Pforzheim/Enzkreis, Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Arbeitsstelle Frieden (Evang. Landeskirche), Frauen für Frieden, Pax Christi, Versöhnungsbund, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion.

Wer mitradeln möchte und/oder nähere Informationen über den genauen Ablauf der Aktion wünscht, wende sich an: Sonnhild und Ulli Thiel, Alberichstraße 9, 76185 Karlsruhe, Telefon 0721/552270, Fax 0721/558622, E-Mail: suthiel@t-online.de

15. bis 24. Juli, Südfrankreich:
„Jugend-Sommerncamp für Gewaltfreiheit“
Die Gemeinschaft „Die Arche“ organisiert ein internationales Camp zur Einführung in Gewaltfreiheit für Jugendliche ab 14 Jahren.
Kontakt: Sylvie Cremer, La Borie Noble, F-34650 Roqueredonde,
Telefon 0033-04-67440989

23. Juli, Mutlangen:
Orientierungstag zum Grundkurs „Zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltfreie Aktion“
Der Kurs vermittelt Basiswissen zu Konflikttheorien, Gewaltfreiheit und Gruppendynamik. (2 Wochenblöcke und 2 Wochenenden, zusammen 14 Tage)
Kontakt: miriam-kraemer@gmx.de,
www.pressehuette.de

25. Juli bis 15. August, USA:
„Auf den Spuren Martin Luther Kings“
Der Versöhnungsbund bietet jungen Menschen zwischen 18 und 26 Jahren eine dreiwöchige Begegnungsreise in die USA an. Zusammen mit jungen Amerikanern wird die Reisegruppe die wichtigsten Stationen im Leben Martin Luther Kings besuchen.
Kontakt: Versöhnungsbund, Katie Yoder,
Telefon 0571/850875,
E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

31. Juli bis 15. August, Berlin:
„Umweltschutz – Bewahrung der Schöpfung“
Internationales Sommerncamp für junge Erwachsene ab 18 Jahren aus Ost- und Westeuropa. Neben Workshops gibt es eine Reihe von Ausflügen in Naturschutzgebiete, Besichtigungen und politische Arbeit.
Kontakt: Versöhnungsbund, Referat für Ökumene, internationalen Austausch und Freiwilligendienste, Uli Sonn, Racelliallee 61, 14195 Berlin, E-Mail vb-ulissonn@t-online.de

6. August, Stuttgart:
Radmarathon „PACE-makers – sportlich aktiv für eine atomwaffenfreie Welt“

Am 6. August, dem Hiroshima-Tag, ist Start zum Radmarathon von Stuttgart in die Eifel. Mitmachen kann jeder, Einzelfahrer, Radsportgruppen, Organisationen. Auch Teilstrecken sind möglich. Als prominente UnterstützerInnen haben bereits zugesagt: Radweltmeisterin Ute Enzenauer (1981), Olympiasieger Jürgen Colombo (1972), Tour-de-France-Fahrer Udo Bölts, sowie Mathias Guischarde.

Veranstalter sind die Deutsch Friedensgesellschaft und die Friedensinitiative Westpfalz.
Kontakt: www.pace-makers.de

26. August bis 2. September, Schmerlenbach:
„Zivil und couragiert!“
Sommerseminar für Einzelne, Paare und Familien, organisiert von der Friedensgruppe „Ohne Rüstung Leben“.
Kontakt: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, E-Mail orl-info@gaia.de

Zentrum gegen Gewalt beim Kirchentag

Zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, Diskussionsforen und auch kulturelle Beiträge werden sich beim kommenden Evangelischen Kirchentag in Hannover in einem eigenen Zentrum dem Anliegen der Gewaltkritik widmen. „Gewalt überwinden“, so heißt das thematische Zentrum, das die Zielsetzung der vom Ökumenischen Rat ins Leben gerufenen „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ (2001-2010) im Rahmen des Kirchentages aufgreifen will.

Von Donnerstag, 26. Mai, 9:30 Uhr, bis Samstag, 28. Mai, 22 Uhr, geht es in der Messehalle 14/15 um die unterschiedlichsten Facetten der Gewalt, vom „ganz normalen Wahnsinn“ (häusliche Gewalt im Alltag), über die „Medien der Gewalt“ bis hin zur Suche nach der „Friedensmacht Europa“.

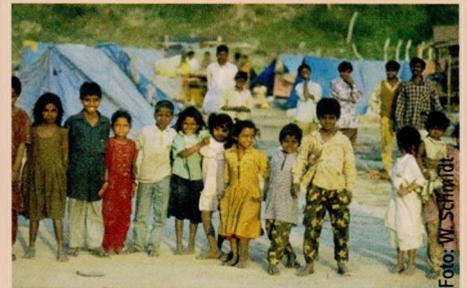
Auch die Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2004, die Kenianerin Wangari Maathai, wird im Zentrum „Gewalt überwinden“ erwartet. Neben den großen Veranstaltungen und Podien wird es begleitend rund um die Messehalle zahlreiche Stände, Ausstellungen und Workshops geben.

Und natürlich wird auch **zivil** im Zentrum „Gewalt überwinden“ vertreten sein.

Zahlen

480 - Zahl der in Westeuropa gelagerten amerikanischen Atombomben. Allein in Deutschland hat die US-Armee bis zu 150 Atombomben auf ihren Stützpunkten gelagert. Bisher gingen Experten von 65 Sprengköpfen in Deutschland aus. Die neueren, erheblich höheren Zahlen legte im Februar 2005 das unabhängige US-amerikanische Institut „National Resources Defence Council“ aus New York vor.

1 Milliarde - Zahl der Menschen, die nach Angaben des UN-Siedlungsprogramms in Elendsvierteln leben. Allein in den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Slumbewohner weltweit um 15 Millionen gewachsen.



10 000 - Anzahl der Teilnehmer an der größten Demonstration während der diesjährigen Ostermärsche der Friedensbewegung: Mehr als 10 000 Menschen kamen am Ostersonntag zu Protestveranstaltungen gegen das so genannte „Bombodrom“ in der Kyritzer Heide bei Wittstock. Dort plant die Bundeswehr die Errichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes. www.bombodrom.de



4,9 Millionen - Anzahl der Menschen, die sich im Jahr 2004 neu mit Aids infizierten. Im selben Zeitraum sind 3,1 Millionen Menschen an der Seuche gestorben. Den größten Zuwachs an Neuinfektionen verzeichnete die Region Ostasien. Weltweit ist die Zahl der Infizierten auf 39,4 Millionen gestiegen.

22 - Zahl der in den Vereinigten Staaten von Amerika in den letzten 20 Jahren hingerichteten Straftäter, die zum Zeitpunkt der Tat minderjährig waren. Anfang März 2005 hat das US-Verfassungsgericht die Todesstrafe für Minderjährige verboten.

Israel: Kann Kriegsdienst- verweigerung die Besetzung beenden?

Von Martin Smedjeback

Die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer in Israel ist in den letzten Jahren schnell gewachsen. In der israelischen Gesellschaft hat die Entscheidung, den Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern und ein so genannter „Refusenik“ zu werden, an Akzeptanz gewonnen. Nach Meinung des optimistischen Direktors von „Courage to Refuse“ (Mut zur Verweigerung), Arik Diamant, kann die Bewegung etwas erreichen, was für viele noch undenkbar ist. „Wir stoßen auf sehr gute Resonanz“, erklärt Diamant. „Innerhalb der nächsten fünf Jahre werden wir die Besetzung beenden.“

Seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 spielt die Armee in der israelischen Gesellschaft eine zentrale Rolle. Viele der mächtigsten Politiker Israels haben eine lange Militärkarriere hinter sich. Die Armee beschäftigt Zehntausende von Menschen und die meisten Bürgerinnen und Bürger Israels haben zwei oder drei Jahre Militärdienst abgeleistet, die vielen Jahre als Reservisten nicht mitgezählt.

„In den 1980er Jahren wurden Kriegsdienstverweigerer Verräter genannt, und wir wurden von allen verachtet“, erzählt Eyal Hareuveni, der in der Organisation „Yesh Gvul“ aktiv ist. „Heute verweigern Wissenschaftler, Piloten und Kampfeinheiten den Militärdienst. Es wird sogar als ehrenhaft angesehen, nicht in den besetzten Gebieten zu dienen.“ Nach jüngsten Umfragen sind 25 Prozent der erwachsenen jüdischen Bevölkerung Israels der Meinung, dass ein Soldat das Recht hat, den Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern. Unter den jungen Leuten beläuft sich diese Zahl auf 43 Prozent. „Es dringt langsam zu den Leuten vor“, meint Diamant, ein ehemaliger Fallschirmjäger.

Ein Schock für die Armee

In Israel hat es immer Kriegsdienstverweigerer gegeben, aber es waren Einzelfälle. Als 1982 der Libanonkrieg begann, wurde die israelische Militärpolitik von immer mehr Menschen in Frage gestellt. Aufgrund dieser Kontroversen in der Heimat wurde er mit dem Vietnamkrieg der USA verglichen. Die hohe Zahl der Todesopfer unter israelischen Soldaten führte zu heftigen

Debatten in den Medien und in der israelischen Bevölkerung. Als der Krieg andauerte, organisierten sich einige Reservisten und erklärten gemeinsam, dass sie den Kriegsdienst im Libanon aus politischen Gründen verweigern.

„Die Armee war im Schockzustand“, erinnert sich Hareuveni. „Es war das erste Mal, dass jemand den Kriegsdienst aus politischen Gründen verweigerte.“ Die Armee schickte die Verweigerer ins Gefängnis, aber diese Taktik stoppte die Bewegung nicht. Rund 3000 Soldaten unterzeichneten eine Petition, in der sie ankündigten, den Dienst im Libanon zu verweigern. 1985 stellte die Armee die Entsendung von Reservisten in den Libanon aus Angst vor einer Ausbreitung der Bewegung und dem Beginn eines Aufstands in der Armee ein. Die erste Bewegung von Kriegsdienstverweigerern war geboren. Sie nannte sich „Yesh Gvul“, auf Hebräisch: „Es gibt eine Grenze.“

Die Intifadas lösen eine neue Welle von Kriegsdienstverweigerung aus

Die erste Intifada, die 1987 begann, löste eine neue Welle von Kriegsdienstverweigerung aus und durch die derzeitige zweite Intifada sind viele neue Organisationen von „Refuseniks“ entstanden. 2001 wurde die erste Bewegung für Wehrpflichtige – junge Menschen, die nach dem Abitur eingezogen werden – ins Leben gerufen. Die 18-jährigen Gründer nannten ihre Bewegung „Shministim“ („Oberschule“). Gemeinsam schrieben sie einen Brief an Premierminister Ariel Sharon, in dem sie ihre Entscheidung zum Ausdruck brachten, „an Unterdrückungsmassnahmen gegen das palästinensische Volk, die eher als terroristische Angriffe zu bezeichnen sind“, nicht teilzunehmen. Der Brief ist bis heute von mehr als 300 potenziellen Wehrpflichtigen unterzeichnet worden. Viele von ihnen sind wegen ihrer Weigerung inhaftiert worden. Fünf wurden vor kurzem zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, der längsten Haftstrafe, die in Israel je für Kriegsdienstverweigerung verhängt wurde.

Im Jahr 2002 unterzeichneten 50 aktive Offiziere und Soldaten den „Brief der Kämpfer“, in dem sie erklärten: „Wir werden nicht länger jenseits der Grenzen von 1967 kämpfen, um

Arik Diamant, ehemaliger Fallschirmjäger, ist heute Vorsitzender der Organisation „Courage to Refuse“. Ihr gehören 623 Soldaten an, die sich weigerten, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun.

ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu demütigen.“ Im selben Brief erklären sie, dass sie nach wie vor an den zionistischen Traum glauben und bereit sind, weiterhin Dienst in der Armee zu tun und jeden Einsatz zu erfüllen, der zur Verteidigung des Staates Israel dient. Dieser Brief war der Anfang der Bewegung „Courage to Refuse“, der mittlerweile 623 Soldaten angehören.

Für die vielleicht größte Überraschung in der „Refusenik-Bewegung“ sorgte 2003 ein Brief, in dem einige Piloten der israelischen Luftstreitkräfte erklärten, dass sie sich weigerten, „an Luftangriffen auf Wohngebiete“ teilzunehmen und dass „die andauernde Besetzung die israelische Gesellschaft als Ganze korrumpiert“ (zivil berichtete). Piloten sind Helden in Israel.

Werden wir bald das Ende der Besetzung erleben?

Der ehemalige Fallschirmjäger Diamant ist sehr zuversichtlich, dass die gewaltfreie Methode der politischen Nicht-Kooperation die wirksamste Methode ist, um die Okkupation zu beenden. „Demonstrationen sind völlig nutzlos, weil es nicht möglich ist, direkt in den besetzten Gebieten zu demonstrieren“, erklärt er. „Ich habe es Dutzende Male versucht. Einmal wollte ich an einer Demonstration in einer Siedlung teilnehmen, die ausgebaut wurde, aber wir kamen gar nicht erst in die Siedlung hinein. Sobald man die ‘Grüne Linie’ überquert, gibt es keine Demokratie mehr.“

Diamant glaubt, dass es noch fünf Jahre dauern wird, bis die Besetzung beendet ist. Andere Mitglieder der Kriegsverweigerer- und Friedensbewegungen sind weniger optimistisch. Hareuveni sieht zwar positive Veränderungen in der israelischen Mentalität, weist aber darauf hin, dass die Friedensbewegung noch ziemlich klein ist. „Wir in der radikalen Friedensbewegung sind nur wenige tausend Menschen.“

Bislang haben insgesamt 1362 Soldaten auf die eine oder andere Weise offiziell den





Der Kriegsdienstverweigerer Eyal Hareveni engagiert sich in der israelischen Organisation „Yesh Gvul“ (Es gibt eine Grenze)

Kriegsdienst verweigert – eine ziemlich kleine Zahl, verglichen mit den Hunderttausenden von Israelis, die in den Streitkräften gedient haben und dienen. Viele nehmen das Stigma der Kriegsdienstverweigerung lieber nicht auf sich und versuchen stattdessen in aller Stille, dem Militärdienst – in den besetzten Gebieten oder überhaupt – zu entkommen, indem sie Wege finden, als untauglich anerkannt zu werden. Die Armee akzeptiert dies normalerweise, um die Zahlen der „Refuseniks“ nicht in die Höhe zu treiben.

Doch Diamant stellt eine deutliche Veränderung in der Mentalität des Durchschnittssoldaten fest. „Viele meiner Kameraden in der Armee sagen, dass sie nicht wissen, ob sie den Mut haben, den Dienst zu verweigern und dafür ins Gefängnis zu gehen, aber sie werden nicht in die besetzten Gebiete zurückkehren“, berichtet er. „Die Menschen leisten ihren Dienst aus Angst ab, aber es beginnt zu bröckeln.“

Martin Smedjeback ist Referent für Gewaltlosigkeit in der „Swedish Fellowship of Reconciliation“. Während eines früheren Besuchs in Israel und Palästina sammelte er Material für ein Buch mit dem Titel „Nonviolence in Israel and Palestine“. Bis Ende 2004 arbeitete er als ökumenischer Begleiter in Jerusalem.

Weitere Informationen unter:
www.refusersolidarity.net

15. Mai:

Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer

Griechenland wird in diesem Jahr die Schwerpunktregion des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerer (KDVer) sein (2004: Lateinamerika, 2003: Israel). Innerhalb der Europäischen Union ist der Status der KDVer in Griechenland am unzureichendsten geschützt. Zwar trat schon 1998 ein KDV-Gesetz in Kraft, dessen Auslegungen aber sind nach wie vor weit von internationalen Standards entfernt. So wird etwa Berufssoldaten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung generell verwehrt. Ungediente Wehrpflichtige müssen als KDVer einen 30-monatigen Alternativdienst ableisten (gegenüber 12 Monaten beim Militär) und werden absichtlich in extremer Entfernung zum Heimatort eingesetzt.

Rund um den diesjährigen Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer am 15. Mai werden von der Gruppe „War Resisters International“ (WRI) Aktionen zur Unterstützung griechischer KDVer durchgeführt. Unter anderem wird es in Thessaloniki vom 9. bis 15. Mai ein Seminar und ein Training in gewaltfreier Aktion geben. Außerdem soll ein Bericht über die Lage der KDVer in Griechenland an das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen übergeben werden.

Dezentrale Aktionen in verschiedenen Ländern weltweit sollen aufmerksam machen auf die Missachtung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch die griechischen Behörden und auf den Einfluss des griechischen Militarismus auf die Zivilgesellschaft. Weitere Infos und Kontakt: www.wri-irg.org, www.ebco-beoc.org

Nagorni Karabach:

Vier Jahre Haft für KDVer

Zu vier Jahren Haft wurde am 16. Februar in der autonomen Provinz Nagorni Karabach (Aserbaidschan) ein Anhänger der Zeugen Jehovas verurteilt, der sich weigerte, den Militärdienst anzutreten. Der Wehrpflichtige Areg Hovhannosy wäre bereit gewesen, einen zivilen Alternativdienst abzuleisten. Derartige Dienste gibt es in der international nicht anerkannten Provinz Nagorni Karabach jedoch nicht, die Kriegsdienstverweigerung ist nicht als Recht anerkannt. Unmittelbar nach der Urteilsbegründung wurde der Wehrpflichtige inhaftiert.

USA:

Verweigerer verurteilt

Zu sieben Monaten Haft wurde am 28. März der US-Soldat Blake Lemoine von einem Militärgericht in Darmstadt verurteilt. Nach seiner Rückkehr aus dem Irak hatte der Berufssoldat einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt, den er mit religiösen Motiven und seinen Erlebnissen im Irakkrieg begründete. Nachdem der Antrag abgelehnt worden war, erschien Lemoine zwar weiterhin an seinem Dienstort, verweigerte aber die Arbeit, was zur Anklage wegen Befehlsverweigerung führte. Die Gefängnisstrafe gegen den Kriegsdienstverweigerer wurde von Friedensgruppen scharf kritisiert. Rudi Friedrich von der Lobbyorganisation für Kriegsdienstverweigerer „Connection e.V.“ betonte, der Richterspruch stelle eine Missachtung der religiösen Überzeugung des Soldaten dar und sei „eklatantes Unrecht“. Im Anschluss an Protestaktionen vor der Coleman-Kaserne in Mannheim mit der Forderung nach seiner Freilassung wurde Blake Lemoine in das Militärgefängnis nach Fort Sills in Oklahoma verlegt.

Israel:

Keine deutschen Pässe für israelische Soldaten

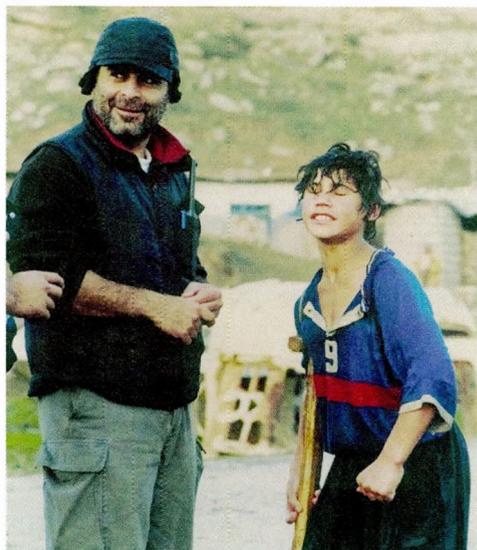
Einige Hundert israelische Zeit- und Berufssoldaten müssen ihre deutschen Pässe aufgrund ihres geleisteten Militärdienstes in Israel abgeben. Der Grund ist ein Bundesgesetz von 1999, nach dem Deutsche grundsätzlich nicht in den Armeen anderer Staaten dienen dürfen. Nach Schätzungen leben in Israel etwa 70 000 Doppelstaatler mit einem deutschen und einem israelischen Pass.

„Verweigerer-Front“

Die israelische Filmemacherin Shiri Tsur hat über die Geschichte einiger Kriegsdienstverweigerer in Israel einen aktuellen Dokumentarfilm gedreht. Unter dem Titel „On the Objection Front“ war der Film während der diesjährigen Berlinale zu sehen. Er wurde nominiert für den „Friedensfilmpreis 2005“, der nach Entscheidung der Jury am Ende dem Film „Turtles can fly“ zugesprochen wurde (s. S. 10).

Der Film „On the Objection Front“ erhielt in Berlin den Preis der Ökumenischen Jury. zivil stellt den Film in der nächsten Ausgabe ausführlich vor.

Friedensfilmpreis 2005 für „Turtles Can Fly“



Der „Friedensfilmpreis“ der seit 1986 jährlich im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele „Berlinale“ verliehen wird, ging in diesem Jahr an „Turtles Can Fly“ des iranischen Regisseurs Bahman Ghobadi.

Der Film spielt in einem kurdischen Flüchtlingslager inmitten einer Steinwüste kurz vor dem amerikanischen Angriff auf den Irak. Zwischen Kratern, ausgebrannten Öltanks und Munitionskisten stehen die Zelte.

Hier lebt ein 13-jähriger Junge, der keine Familie mehr hat. Im Lager rufen den Jungen alle „Satellit“, weil er die neuesten US-Fernsehnachrichten kennt.

So hofft er herauszubekommen, was mit dem Lager in Zukunft geschehen soll. Nicht nur Satellits Interpretationen der Weltlage machen den Jungen zu einer wichtigen Person im Camp.

Die Zukunft, wenn nicht das Schicksal des Camps scheint von seinen Prophezeiungen abzuhängen, was einen Jungen in seinem Alter überfordern muss.

Ihr tägliches Überleben im Lager sichern die Kinder, indem sie Landminen ausgraben, damit die Felder wieder bestellt werden können. Als Satellit der 14-jährigen Agrin begegnet, verliebt er sich in das Mädchen, das schon ein Kind hat. Doch die junge Mutter bewahrt ein schreckliches Geheimnis.

Der bevorstehende Angriff der US-Armee und die Zuneigung zwischen Satellit und der lebensmüden Agrin veranlassen den 13-jährigen zu einer aufopferungsvollen Hilfsaktion, bei der er sein eigenes Leben aufs Spiel setzt.

In der Begründung der Friedensfilmpreis-Jury heißt es: „Ein Film des Schmerzes und der Verstörung, der die Zukunft der Kinder in allen Kriegsgebieten mit erschreckender Deutlichkeit zeichnet. Obwohl sich die Kinder umeinander kümmern und im Flüchtlingslager ihre eigene parallele Welt entsteht, zeigt Bahman Ghobadi die Folgen des Krieges – Elend und die Auflösung aller Strukturen – mit Bildern, die nicht aus dem Kopf gehen.“

Kinostart ist am 5. Mai.

Videoprojekt: Hallo Krieg

In der Edition des Medienprojektes der Stadt Wuppertal sind die beiden Videos „Hallo Krieg“ Teil 1 und 2 erschienen und können dort ausgeliehen oder gekauft werden.

Zum Inhalt: Irakische, amerikanische und deutsche Jugendliche haben im Irak das gemeinsame Gespräch über den (damals) möglichen Ausbruch des Irak-Krieges 2003 gesucht (Teil 1).

Das Filmprojekt will Krieg und seine Auswirkungen für Jugendliche in allen drei Ländern aus verschiedenen Perspektiven und Erfahrungen nachvollziehbarer machen. Der erste Teil entstand zwischen dem 17. und 22. Februar 2003.

Die gleichen Jugendlichen suchten ihre irakischen Partner während des Krieges auf und berichten im Teil 2 über das menschenverachtende und unsinnige Geschehen dieses Krieges. Geplant ist nun auch ein dritter Film über die Verhältnisse nach dem Krieg.

Das Medienprojekt der Stadt Wuppertal konzipiert und realisiert seit 1992 erfolgreich Modellprojekte aktiver Jugendvideoarbeit. Im umfangreichen Katalog entdeckt man eine wichtige thematische Breite zu Fragen der Sexualität, speziell zum Thema: Mädchenlust – Mädchenlast, Jungenslust – Jugendfrust, aber auch zum Thema sexuelle Gewalt, zum Thema Rassismus und Rechts-extremismus, Tod, Angst, Gewaltprävention und andere.

Kontakt: Medienprojekt Wuppertal e.V., Hofaue 55, 42103 Wuppertal, Telefon: 0202/563 2647, E-Mail: borderline@wuppertel.de, Internet: www.medienprojekt-wuppertal.de

Der richtige Tod

Von Werner Schulz

Früher war alles besser. Selbst der Tod ist nicht mehr das, was er mal war. Dieses Fazit jedenfalls zieht die Autorin Elisabeth Hurth in ihrem Buch „Alle Toten auf ihre Plätze!“.

Schuld am Untergang des Todes hat das Fernsehen. Und Hollywood. Als es beides noch nicht gab, im Mittelalter zum Beispiel, da war

der Tod noch echt und authentisch: „nah, vertraut, unausweichlich.“ Heute dagegen ist er „dekultiviert“ und „verwildert“.

Wer das bisher genau anders herum sah, der irrt also. Früher nämlich, da legte man „sich zum Sterben nieder und wartete, das Gesicht gen Osten gewendet, ruhig auf den Tod“. So war das. Bei richtigen Männern jedenfalls: „Roland spürte, dass der Tod auf ihn zukam, Tristan spürte, dass der Tod ihn übermannte.“

Und heute? Heute ist der Tod so weich wie unser Fernsehsessel und so soft wie unser Sofakissen. Heute nämlich erleben wir den Tod nicht mehr real sondern nur noch medial: „Der Tod ist aus dem Wissensvorrat der Alltagswelt eliminiert.“ Er kommt nur noch im Fernsehen vor, und dort hauptsächlich in den Krimis. Das ist die These, die die Autorin Elisabeth Hurth in ihrem Buch aufstellt und 134 Textseiten lang zu beweisen versucht. Sicher ist, das



steht für den Leser nach der Lektüre des Bandes außer Frage, dass der Autorin der Versuch dieses Beweises misslingt. Sicher ist aber auch, dass die These deshalb keineswegs widerlegt ist: Die Überlegung, dass der menschliche Tod im Medienzeitalter einen Bedeutungswandel erfahren hat und weiterhin erfährt, verdiente durchaus, ernsthaft geprüft zu werden. Genau das aber schafft die Autorin nicht.

Stattdessen versteift sie sich aufs Pauschalisieren, Verallgemeinern, Vereinfachen. Die Leinwand, der Bildschirm und die Krimis, die Soaps, die TV-Nachrichten und auch die Kriegsdokumentationen – alles ein Topf, alles über- voll mit der „Bilderflut vom Tod“. Vom falschen, unechten Tod, versteht sich.

Der richtige Tod ist den Menschen heute nicht mehr vertraut. Dieser Befund kommt geradezu gebetsmühlenhaft daher. Am Ende wird ein wichtiges Thema, das Sujet des Todes und seines medialen Auftritts, zerfleddert und zerredet. Eine sachliche Auseinandersetzung wird durch das Buch erschwert, und zwar wegen der pauschalisierenden Betrachtung der Medienszene einerseits und der Vorverurteilung der unmündigen Zuschauer andererseits.

Elisabeth Hurth: „Alle Toten auf ihre Plätze!“
Matthias-Güneward-Verlag, Mainz 2004,
144 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 3-7867-2485-7

Allein gegen die Behörde

Von Jörg Benzing

Paul van Buitenen blows the whistle. Ein „Whistleblower“ ist jemand, der Alarm schlägt, wenn er Missständen in seinem Betrieb oder seiner Behörde auf die Spur kommt. Als Beamter bei der Europäischen Kommission ist der

Niederländer van Buitenen jahrelang „auf Unregelmäßigkeiten, Filz und mitunter sogar Betrug“ gestoßen. Obwohl ihn das Dienstrecht zur Verschwiegenheit verpflichtete, machte er seine Erkenntnisse 1999 in dem Buch „Unbestechlich für Europa“ öffentlich.

Das Europaparlament sah sich daraufhin bemüht, die Vorwürfe untersuchen zu lassen. Der Expertenbericht hatte zur Folge, dass die damalige EU-Kommission unter Jacques Santer zurücktrat.

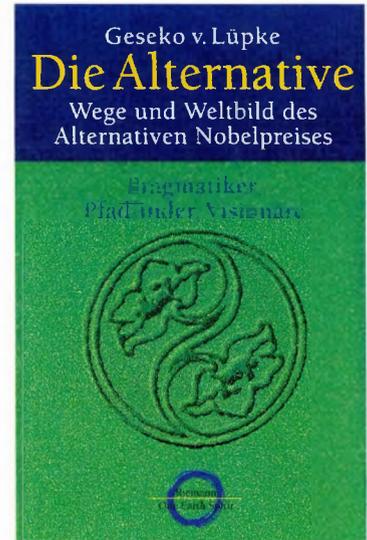
Die Hoffnungen van Buitenens, dass mit der nächsten Kommission unter Romano Prodi alles besser werde, haben sich nach seiner Einschätzung nicht erfüllt. In seinem zweiten Buch berichtet er, wie es ihm bei der Kommission und verschiedenen anderen europäischen Institutionen seither ergangen ist. „Korrupt-



tionskrieg in Brüssel“ beschreibt das Macht- und Hierarchiegefüge in unserem europäischen Behördenstaat, der diejenigen straft, die sich kritisch zu Wort melden. Nach wie vor sind demnach dessen Verantwortliche kaum daran interessiert, ihr Schaffen der Öffentlichkeit zu erklären.

Die Mammutbehörde mag sich zwar um Transparenz bemühen, scheitert in ihrem Bemühen aber nicht zuletzt daran, so van Buitenen, dass die entscheidenden Stellen falsch besetzt sind. Kommissar Neil Kinnock etwa musste „Reformen innerhalb eines Systems durchführen, dessen Teil er selbst war“.

Paul van Buitenen hat unterdessen der EU-Verwaltung den Rücken gekehrt. Als Abgeordneter seiner Partei „Europa Transparent“ bekämpft er seit Juni 2004 im Europaparlament die europäische Misswirtschaft.
Paul van Buitenen: „Korruptionskrieg in Brüssel. Kampf um mehr Transparenz für Europa“
Brunnen Verlag, Basel 2004, 264 Seiten,
16,95 Euro, ISBN 3-7655-1877-8



Mutmacher

Von Werner Schulz

Für nicht wenige ist der „Alternative Nobelpreis“, den der Schwede Jakob von Uexküll 1980 gründete, spannender und interessanter als der „große Bruder“ des etablierten Nobelpreiskomitees. Interessanter deshalb, weil die alternative Auszeichnung, die eigentlich „Right Livelihood Award“ (Preis für rechte/richtige Lebensweise) heißt, die direkteren und basisnaheren und vielleicht eher nachfühlbaren und nachlebbarer Vordenker und Vorgestalter einer neuen, anderen politischen, sozialen und kulturellen Realität würdigt und fördert.

Wie groß die Vielfalt und Bandbreite der bis heute rund 100 alternativen Preisträger ist, lässt sich an dem neuen Buch von Geseko von Lüpke ablesen, das auf 480 Seiten ein wahrer Sammelband an Mutmach-Geschichten ist. Da werden Menschen vorgestellt, die angesichts der Umweltzerstörungen, der Ungerechtigkeiten, der Bedrohungen und der Gewalt nicht den Kopf in den Sand steckten, sondern sich einmischten und handelten. Menschen, die es – so der Wunsch des Autors – verdient hätten, dass künftige Generationen sich an sie erinnern. Menschen, wie die Begründer der israelischen Friedensgruppe „Gush Shalom“, Uri und Rachel Avnery (2001), die deutsche Pazifistin Petra Kelly (1982) oder die britische Ärztin Rosalie Bortell (1986), die beharrlich gegen Kriegsgefahr und Hochrüstung mobil machten. Kirchenleute, wie der kämpferische Befreiungstheologe Leonardo Boff (2001), Wissenschaftler, wie der Pionier der photovoltaischen Solarzellen, Martin Green aus Australien (2002), Umweltschützer, wie der indische Philosoph und gewaltfreie Staudammgegner Bahuguna (1987).

Menschenrechtler, Journalisten, Vertreter bedrohter Urvölker... In vielen Fällen waren

die ausgezeichneten Personen und Organisationen zum Zeitpunkt der Preisverleihung als Außenseiter und Exoten auf verlorenem Posten, nicht wenige von ihnen wurden regelrecht bekämpft.

Aber durch die Bestätigung in Form des Alternativen Nobelpreises, durch die Beharrlichkeit der Aktivisten und wohl auch durch die faktische Unausweichlichkeit ihrer Zielsetzungen sind viele ehemals alternative Positionen heute pure Selbstverständlichkeit. Und eben daraus entsteht Hoffnung auf eine andere Zukunft.

Geseko von Lüpke: „Die Alternative. Wege und Weltbild des Alternativen Nobelpreises – Pragmatiker, Pfadfinder, Visionäre“ Riemann Verlag, München 2003, 480 Seiten, 24,00 Euro ISBN 3-570-50031-4

Dokumentation zur Auszeichnung der WRI

Unter dem Titel „Engagiert gegen den Alptraum Krieg“ ist die Verleihung des Siegmund-Schultze Förderpreises für gewaltfreies Handeln an die „War Resisters International“ (WRI) dokumentiert.

Die soeben erschienene Broschüre von 54 Seiten enthält die Reden anlässlich der Preisverleihung, Friedensandacht und -gebet sowie Grußworte, u. a. von Dr. Samuel Kobia, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Bundesministerin Renate Schmidt, Bischöfin Dr. Margot Käßmann, Hans Koschnick und Thomas Roth, Leiter des ARD-Hauptstadtstudios.

Bestellung der Broschüre, die 4,00 Euro/Stück zuzüglich Versand kostet, bei: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Wachmannstraße 65, 28209 Bremen, Telefon 0421/34 40 37, Fax: 0421/349 19 61, www.eak-online.de

Heilkraft der Gewaltfreiheit

Von Friedhelm Schneider

Hermann Hoffmann, Priester und Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes, formulierte 1933 die Problemanzeige: „...viele in der Kirche reden so vorsichtig, so weltklug und weltgewandt, dass es wie Diplomatsprache klingt und nicht wie Christensprache und noch

weniger wie Christussprache. Und viele in der Kirche reden gar nicht – weil es nicht opportun ist.“

Dass es in den Kirchen immer wieder auch andere Stimmen gegeben hat, dokumentiert eindrücklich die 2004 erschienene CD-ROM „Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie“. Ihr Herausgeber Thomas Nauerth lässt Christinnen und Christen zu Wort kommen, die zu den vielfältigen Gefährdungen des Friedens nicht geschwiegen, sondern in klaren Worten die Umsetzung der christlichen Friedensbotschaft eingefordert haben.

Die digitale Handbibliothek macht 30 friedentheologische Klassiker neu zugänglich, die im Buchhandel nicht mehr erhältlich sind. Der Schwerpunkt der auf der CD-ROM gespeicherten Bücher liegt auf Werken des 20. Jahrhunderts. Einige subjektiv ausgewählte Zitate mögen einen Eindruck von der thematischen Vielfalt der Handbibliothek geben.

Das Geleitwort zu Johannes Udes Werk „Du sollst nicht töten!“ (1945) macht die Hoffnung deutlich, die sein Herausgeber an eine lebendige Auseinandersetzung um den Frieden knüpft: „Ich ... wünsche dem Buch möglichst viele Feinde, langdauernde Kämpfe, damit es seine Mission erfülle, nicht totgeschwiegen werde, den geistig Tauben in den Ohren dröhne...“

Auch Bonhoeffers Wegbegleiter Jean Lasserre versucht, das Gewissen seiner Leser mit deutlichen Worten wachzurütteln. So formuliert er 1956 einen drastischen Fragenkatalog für Soldaten im Kriegseinsatz: „Kann ich Christus die Ehre geben, indem ich das tue? Wird dieser Befehl, den man mir zu geben im Begriff ist, mich nicht von Jesus scheiden? Muss ich wirklich diese Geiseln erschießen, deren Unschuld mir bekannt ist? ein Feldbor-

dell einrichten für mein Bataillon? diesen Gefangenen foltern, von dem meine Vorgesetzten wertvolle Auskünfte haben wollen? meine Bomben auf dieses Dorf fallen lassen, das voller Zivilisten ist?“

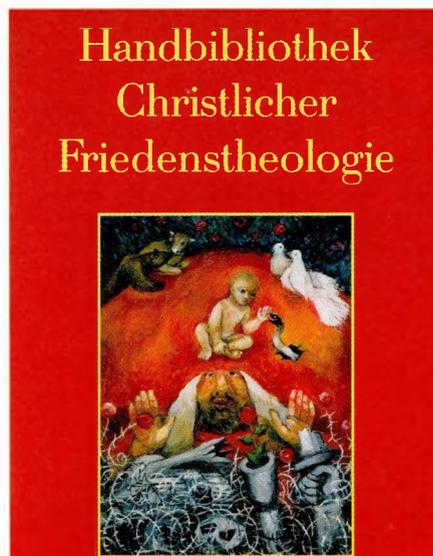
Bernhard Häring betont die Ganzheitlichkeit des christlichen Glaubens als Antwort auf die mangelnde Prägekraft christlicher Werte bei der politischen Friedensgestaltung: „Eine individualistische Verengung des Glaubensverständnisses und der Frömmigkeit hat das Christentum weithin seiner Dynamik für das Reich des Friedens beraubt.“ ... „Christen sollten sich auszeichnen durch eine klare Sicht, wie der Friede mit Gott, der Herzensfriede, der Friede mit dem Nächsten, ein friedensstiftendes Verhalten in der Umwelt und der gewaltlose Friedensdienst zum Heil der Völker ein Ganzes bilden.“

Für Hildegard Goss-Mayr ist das Festhalten an der Gewaltfreiheit eine Frage der christlichen Identitätswahrung, denn: „Sich für Gegengewalt zu entscheiden, bedeutet auch, sich vom Angreifer die Kampfmittel diktieren zu lassen. Wer gewalttätige Mittel wählt, lässt sich von der Verachtung und dem fehlenden Respekt vor der menschlichen Person anstecken... Der Gewalttätige zwingt uns seine Mittel und seine Art zu denken und zu sein auf und zerstört damit unsere tiefsten Überzeugungen und Ideale.“

Egon Spiegel kommt als Ergebnis seiner biblischen Textstudien zu der Konsequenz: „Gottvertrauen und Gewaltgebrauch schließen einander aus... Gewaltanwendung ist atheistisch.“

Biographische Notizen zu den Autoren und bibliographische Hinweise erleichtern die Einordnung der jeweiligen Texte. Die Suchfunktion der CD-ROM ist hilfreich für die Ermittlung von Zitaten und die thematische Erschließung der Bücher. Insgesamt gibt die von Thomas Nauerth erstellte Textsammlung einen beeindruckenden Einblick in die Ökumene der gewaltfreien christlichen Minderheitentradition. Sie enthält wichtige Grundinformationen und Denkanstöße zur Positionierung in der Friedensfrage. Als Arbeitsmittel zur Vertiefung des christlichen Friedenszeugnisses ist ihr eine weite Verbreitung zu wünschen.

Handbibliothek Christlicher Friedens-theologie, hrsg. v. Thomas Nauerth, Berlin 2004, CD-ROM, 19,90 Euro, www.digitale-bibliothek.de



„Nie wieder Krieg!“

Zum Tod von Papst Johannes Paul II: Worte für den Frieden, gegen Krieg und Gewalt



1986 initiierte Papst Johannes Paul II das erste Friedensgebet der Weltreligionen in Assisi

In Irland, 1979:

„Ich appelliere an die jungen Menschen, die sich in gewalttätigen Organisationen verfangen haben: Hört nicht auf die Stimmen, die in der Sprache des Hasses, der Rache, der Vergeltung reden.“

In Hiroshima, 1981:

„An Hiroshima erinnern bedeutet, sich dem Frieden zu verpflichten. Lasst uns unseren Mitmenschen das Versprechen geben, dass wir unermüdlich für Abrüstung und Abschaffung aller nuklearer Waffen arbeiten werden.“

In Coventry, während des Falklandkrieges 1982:

„Krieg sollte zur tragischen Vergangenheit, zur Geschichtsschreibung gehören; er sollte keinen Platz auf der Tagesordnung der Zukunft finden.“

Rom, 1. Januar 1991, zum Beginn des Golfkrieges:

„Nie wieder Krieg, dieses ausweglose Abenteuer; nie wieder Krieg, diese Spirale von Trauer und Gewalt; nicht dieser Krieg im Persischen Golf...“

Rom, 12. September 2001,
nach den Terroranschlägen in den USA:

„Die Spirale des Hasses und der Gewalt darf nicht weitergehen.“

In Assisi, 24. Januar 2002, beim Weltfriedensgebet:

„Wer immer die Religion dazu benutzt, um Gewalt zu schüren, widerspricht ihrem tiefsten und wahrsten Wesen... Es gibt keinerlei religiöse Zielsetzung, die Gewalt des Menschen gegen den Menschen rechtfertigt.“

Rom, Weihnachten 2002:

„Die Religionen stehen im Dienst des Friedens.“

Rom, Februar 2003, vor dem Irak-Krieg:

„Krieg ist niemals nur einfach ein Mittel, das man wählen kann, um Differenzen zwischen Nationen beizulegen. Krieg ist immer eine Niederlage der ganzen Menschheit.“

Rom, 2003, zur Errichtung der Mauer in Israel:

„Das Heilige Land braucht keine Mauern, sondern Brücken.“

Rom, März 2003, Botschaft an Militärgestliche:

„Selbst in den erbittertsten Kämpfen ist es immer möglich und sogar Pflicht, die Würde des militärischen Gegners, die Würde der zivilen Opfer und die unveräußerliche Würde jedes in den Waffengang einbezogenen Menschen zu respektieren.“

Eritrea: Terror gegen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Verfolgung und Misshandlung zwingt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in Eritrea zur Flucht – einige leben heute in Deutschland und engagieren sich für einen demokratischen Wandel in ihrer Heimat

Von Werner Schulz

Yohannes Kidane ist kein Star. Die Quälereien und Schikanen, die er in entlegenen afrikanischen Wüstencamps erleiden und miterleben musste, waren nicht fürs Fernsehen inszeniert. Seine Strapazen und seine Ängste brachten keine Einschaltquoten. Und niemand holte ihn da raus, aus den Lagern willkürlich herrschender Armeeführer. Um sein Leben zu retten musste Yohannes Kidane aus seiner Heimat Eritrea fliehen: Der ehemalige Soldat hatte sich erlaubt, Gewalt, Brutalität und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der eritreischen Armee zu kritisieren. Mehrfach wurde er deswegen bestraft, an die Front geschickt oder mit Foltermethoden gequält.

Aber Yohannes Kidane hatte noch mehr „verbrochen“: Er hatte Beweise für Vergewaltigungen, Misshandlungen, Ausbeutungen von Untergebenen und Folterungen gegen Kriegsdienstverweigerer dokumentiert und sogar fotografiert. Damit brachte er sich in Lebensgefahr. Als seine Beweissammlung schließlich den Vorgesetzten bekannt wurde, blieb ihm nichts anderes als die Flucht ins Ausland. Familie, Heimat, Freunde, das alles wird für Yohannes Kidane solange nicht mehr erreichbar sein, solange das Militär in Eritrea das Sagen hat. Und das kann dauern.

Korruption und Willkür

Nach mehr als dreißig Jahren Krieg um die Unabhängigkeit vom Nachbarn Äthiopien und nach kleineren Bürgerkriegen um die politische und militärische Vorherrschaft hat sich die Macht der Militärs am Horn von Afrika verselbständigt. Aus edel motivierten Befreiungskämpfern sind selbstgerechte Herrscher geworden.

Auch 13 Jahre nach Gründung des unabhängigen Staates ist nicht nur die wirtschaftliche Lage katastrophal, sondern auch die politische Situation noch immer extrem instabil. Im Ein-Parteien-Staat Eritrea regieren Korruption und Willkür. Parlamentswahlen hat es nie gegeben, eine Verfassung ist nie in Kraft getreten, die Machthaber dirigieren Justiz und Polizei nach ihren Regeln. Alle Männer und alle Frauen zwischen 18 und 40 Jahren unterliegen einer „Nationaldienst“ genannten Wehrpflicht, wäh-

rend der sie auch zu zivilen Zwangsarbeiten gezwungen werden. Die Wirtschaft des Landes liegt am Boden. Neben der materiellen Lebensgrundlage fehlt es den Menschen ganz besonders auch am Schutz ihrer Rechte. Willkürliche Verhaftungen, ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren, sind an der Tagesordnung. Die Sicherheitskräfte sind für das Verschwindenlassen von missliebigen Personen verantwortlich, die Polizei greift zu brutaler Gewalt und zur Folter.

Besonders schwer werden Deserteure und Kriegsdienstverweigerer verfolgt und misshandelt. Im Länderbericht des US-Außenministeriums heißt es über Eritrea: „Die Polizei verhaftete Deserteure und Militärdienstentzieher und unterzog sie verschiedenen Disziplinarmaßnahmen, die einschlossen, sie längere Zeit der Sonne bei Temperaturen von mehr als 50 Grad auszusetzen oder die Hände, Ellenbogen und Füße für längere Zeit zu fesseln. Es gibt Berichte, dass zum Nationaldienst einberufene Frauen Opfer sexueller Schikanen und Missbrauch wurden.“ (Siehe dazu die Aussagen Betroffener auf diesen Seiten.)

Enttäuschte Hoffnungen

Hunderttausende der rund 4,5 Millionen Eritreer leben derzeit als Flüchtlinge im Ausland, die meisten davon im ebenfalls zerrütteten Sudan. Für Deutschland schätzt das Auswärtige Amt die Zahl der Exilritreer, die während des Unabhängigkeitskrieges hier Zuflucht gefunden haben und inzwischen zum großen Teil die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, auf etwa 20.000. Hinzu kommen etwa 5.500 eritreische Staatsangehörige, die in den letzten Jahren ankamen und hier als Asylsuchende leben. Einer von ihnen ist Yohannes Kidane. Der studierte Biologe lebt heute unter fremden Menschen, in einer fremden Welt. Als Asylbewerber in Deutschland hat er seine soziale Verwurzelung und jegliche materielle Sicherheit verloren – nicht aber seine Hoffnung, seinen Mut und seine Energie, um für Veränderung in seiner Heimat Eritrea zu kämpfen.

Im Juni 2003 kam er in Frankfurt an, mit dem Ziel, hier als verfolgter Armeekritiker und Deserteur Asyl zu beantragen. Die Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat er hinter sich, eine

Entscheidung steht jedoch noch aus. Die Chancen für eine Anerkennung als politisch Verfolgter und damit für dauerhaften Schutz stehen nicht gerade gut: Desertion und Kriegsdienstverweigerung gelten in den Augen der Behörden nicht als politische Entscheidung oder Handlung, sondern als Straftat.

Noch immer gesteht die deutsche Rechtsprechung allen Staaten die Legitimation zu, Bürger zum Militärdienst zu zwingen und die Verweigerer zu bestrafen. Das gilt selbst für Diktaturen, Militärregimes und andere Staaten, die kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung kennen. Nur wer aufgrund seiner politischen Aktivitäten oder als Angehöriger einer Mino-



rität oder Rasse eine deutlich härtere Bestrafung als andere Wehrpflichtige zu erwarten hatte, konnte bisher mit einer positiven Entscheidung seines Asylantrags rechnen.

Immerhin hat Yohannes Kidane gute Chancen, dass man in seinem Fall ein so genanntes „Abschiebungshindernis“ erkennt, weil er nach einer etwaigen Abschiebung mit Folter und unmenschlicher Behandlung rechnen muss. Das würde seine Duldung in Deutschland bedeuten.

Flucht und Desertion als einzige Auswege

Yohannes Kidane lebt im Asylbewerberheim in Steinbach und ist froh darüber, dass er nach dem anfänglichen Arbeitsverbot heute einen Halbtagsjob in einem Hotel gefunden hat. Bis zu seiner Flucht aus Eritrea war er Soldat. Insgesamt sechs Jahre lang diente er dem eritreischen Militär, anfangs, wie er sagt, aus Überzeugung und mit Begeisterung: „Von uns, aus den Universitäten, kam die Idee, einen „Nationaldienst“ einzurichten. Wir waren so froh, so stolz und voller Tatendrang. Wir sahen, dass unser Land verteidigt werden müsse, verglichen es immer wieder mit Israel und sagten: Wir haben genauso viele Feinde wie Israel.“ Jeder Bürger, jede Bürgerin, so dachte der junge Biologiestudent, sollte einen Beitrag zur Stärkung des jungen Staates leisten, entweder in Form des Militärdienstes oder in Form eines zivilen Alternativdienstes. Aber letzteren gab es nie, gibt es bis heute nicht.

Die Machthaber lassen keinerlei Gründe für eine Kriegsdienstverweigerung zu. Die einzi-

in Sawa eingesperrt sind. Auch über den „Nationaldienst“ bestimmt ausschließlich das Militär und legt fest, was als „Dienst für die Gemeinschaft“ gelten kann und wie lange die Dienstzeiten zu sein haben. Nicht selten werden dabei die „Nationaldiener“ als Fronarbeiter für die Befehlshaber und Kommandanten missbraucht, auch davon erzählt Yohannes Kidane. Wer dagegen aufmuckt, wer sich weigert, riskiert Schikanen und härteste Bestrafung.

Yohannes Kidane hat viele solcher Fälle gesammelt. Sechs Jahre Armeedienst haben dem ehemaligen Soldaten die Augen geöffnet um zu erkennen, wie gründlich seine Ideen und sein Engagement von einst ins Gegenteil verkehrt wurden: „Ich habe irgendwann begriffen: Wenn ich mitmache, wenn ich bleibe, dann bin ich Teil dieses Gewalt-Systems. Es gibt keine Möglichkeit, Widerstand zu leisten.“ Sechs Jahre Dienst inmitten des auf Zwang und Unterdrückung gegründeten Systems haben den nachdenklich wirkenden Mann schließlich dazu gebracht, den Krieg und den Militärdienst grundsätzlich abzulehnen: „Ich bin zu der Auffassung gekommen: Nicht nur der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien, alle Konflikte und alle Kriege sollten friedlich gelöst werden. Eritrea braucht Frieden und Gerechtigkeit.“

Friedensdienst im Exil

Dem Ziel eines politischen und demokratischen Wandels in Eritrea dient das ganze Engagement des Yohannes Kidane im deutschen Exil. Und im vergangenen Jahr hat er zusammen mit gleich gesinnten Landsleuten, Männern und Frauen, etwas für Flüchtlinge eher Außergewöhnliches auf die Beine gestellt und die „Eritreische Antimilitaristische Initiative“ ins Leben gerufen.

Die Grundidee liegt nahe: Wie fast alle Kriegsflüchtlinge weltweit haben auch die eritreischen Flüchtlinge die Gewalt und das Morden satt – warum nicht diese Gemeinsamkeit aufgreifen, sich darüber austauschen und sich organisieren? Aus ihrem Erleben, aus ihren Einsichten will die Gruppe gemeinsam eine positive Kraft schöpfen. Die antimilitaristischen Emigranten wollen versuchen, die Kriegsgegner und Kriegsmüden unter den geflohenen Landsleuten zusammenzubringen, und eine konstruktive Bewegung anzustoßen.

Ein erster Erfolg ist ihnen dabei bereits gelungen: Zusammen mit der Lobby-Organisation für Kriegsdienstverweigerer „Connection e.V.“ aus Offenbach haben die eritreischen Flüchtlinge eine 64-seitige Informationsbroschüre über die Lage in ihrer Heimat erstellt (siehe Kasten). Dazu gab es eine Pressekonferenz, sowie Infoveranstaltungen und Seminare.

Yohannes Kidane zeigt sich voller Tatendrang: „Wir können hier eine Menge guter Friedensarbeit leisten und unsere Gesellschaft verändern“. Und wie es scheint, möchte er keine Gelegenheit ungenutzt lassen, diesem Ziel näher zu kommen.

Er engagiert sich in der Exilpartei „Eritrean Democratic Party“ für den gewaltfreien Wandel in Eritrea, er ist Mitglied in der Organisation „Snit Selam“ und setzt sich dort ein für eine tolerante, zivile und freiheitliche Gesellschaft. Und seit einigen Monaten ist er außerdem einer der Organisatoren und Moderatoren der Fernsehsendung „TV-Spiegel Eritrea“ die im Offenen Kanal Offenbach ausgestrahlt wird. Die Sendung, die sich in erster Linie an die Eritreer in Deutschland richtet, habe in Eritrea durchaus Einfluss und bereits für einige Irritationen gesorgt. Ob er denn glaube, auch das Interesse der deutschen Öffentlichkeit erreichen zu können? „Warum nicht?“, sagt er, und sein Optimismus klingt dabei spürbar gedämpft. Vermutlich zu Recht, denn: Yohannes Kidane ist kein Star.



gen Auswege bleiben Flucht und Desertion. Wer allerdings von den Häschern der Militärs erwischt wird, den erwarten drastische Bestrafungen. Nach dem vorläufigen Strafgesetzbuch kann Desertion mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Auch wer sich zur Kriegsdienstverweigerung bekennt, wie etwa die Zeugen Jehovas, wird inhaftiert. Yohannes Kidane berichtet von drei Zeugen Jehovas, die seit über 10 Jahren in glühend heißen Metallcontainern im militärischen Ausbildungslager



Dokumentation

Die Broschüre „Eritrea – Kriegsdienstverweigerung und Desertion“ enthält ausführliche Selbstzeugnisse von betroffenen Männern und Frauen, sowie eine umfassende Dokumentation zur Menschenrechtssituation in Eritrea. Die Autorinnen und Autoren berichten über eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen an Rekruten, über Razzien und Zwangsrekrutierungen und den Einsatz von Kindersoldaten. Die Broschüre kann für 5,00 Euro plus Versandkosten bestellt werden bei:

Connection e.V., Gerberstraße 5,
63065 Offenbach, www.connection-eV.de

„Kriegsdienstverweigerung ebnet den Weg zum Frieden“

Interview mit dem ehemaligen Soldaten Yohannes Kidane aus Eritrea

zivil: Welche Spuren hinterlässt der jahrzehntelangen Krieg in Eritrea?

Kidane: Momentan lebt mehr als ein Drittel der Bevölkerung im Exil. Der Krieg hat Familien zerstört. Kultur und Normen der eritreischen Gesellschaft gingen verloren – zuhause wie auch in der Diaspora. Wir sind der Überzeugung, dass es dieser Krieg war, der zu Vertreibungen, Armut, Bedrohung durch Landminen, Plünderungen, Beschlagnahmungen von Eigentum, Flucht, Hunger und einer schweren Traumatisierung der Bevölkerung geführt hat.

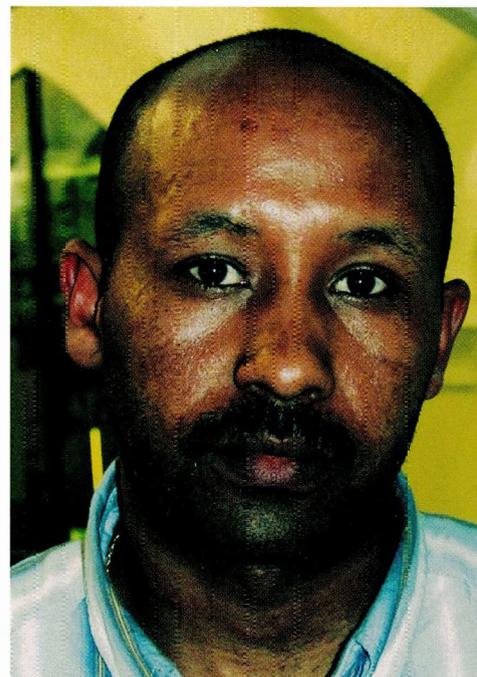
zivil: Wie gestaltet sich die Lage der Menschenrechte in Eritrea heute?

Kidane: Die Regierung ist mit ihrer Politik verantwortlich dafür, dass das Land von seinen Nachbarländern, von Menschenrechtsorganisationen, Hilfsorganisationen und der internationalen Gemeinschaft isoliert ist. Die Entscheidungsgewalt über nationale und internationale Angelegenheiten liegt allein in den Händen von Präsident Isayas Afewerki und seinen engsten Vertrauten. Er und sein Führungszirkel beanspruchen für sich, die Hüter von Frieden,

Stabilität und nationaler Einheit zu sein. Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen von christlichen Minderheiten gehören zum Alltag unter dieser Regierung. Viele wurden bei Gottesdiensten, Hochzeiten und anderen Gelegenheiten verhaftet. Nach der „Compass Direct News Agency“ wurden in diesem Jahr bereits 187 eritreische Gläubige verhaftet. Darunter befanden sich Gebetsgruppen, Intellektuelle, Priester, ganze Hochzeitsgesellschaften und häusliche Bibelkreise. Oft waren auch Kinder und Ehepaare unter den Verhafteten.

zivil: Viele Menschen werden dazu gezwungen, Militärdienst zu leisten. Unterliegt Eritrea einer andauernden Militarisierung?

Kidane: Ja, die Regierung militarisiert das Land. Alltäglich gibt es willkürliche Festnahmen und Zwangsrekrutierungen von männlichen wie weiblichen Jugendlichen, einschließlich minderjähriger Schulkinder – mit der Begründung, dass sich der Staat im Ausnahmezustand befände und der Nationaldienst abzuleisten sei. Auch das Bildungssystem ist Teil des Militärsystems.



zivil: Wie stellt sich die Situation für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure dar?

Kidane: Nach dem Grenzkrieg mit dem Nachbarland Äthiopien, der zehntausende Leben kostete, viele Jugendliche entstellte und verkrüppelte, tausende Zivilisten vertrieb und die nationalen Reichtümer verschlang, stieg die Zahl der Kriegsdienstverweigerer. Zurzeit gibt es Tausende EritreerInnen, die die Ableistung des Militärdienstes verweigern. Sie sind dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen und im Exil

Saeed Ibrahim

„Weil ich meinem Vorgesetzten widersprechen hatte, wurde ich für 3 Tage an Händen und Füßen gefesselt. Mein Gesicht wurde mit einer Milch-Zucker-Mischung übergossen und man ließ mich drei Tage lang in der heißen Sonne liegen. Meine Haut verbrannte. Die Narben in meinem Gesicht zeugen noch heute davon.“



Das Militär verweigerte mir nach den drei Tagen eine medizinische Behandlung. Da ich es nicht mehr ertragen konnte, ging ich in den Untergrund.“

Henok Estifanos

„Ich kam 1997 zum Militär und konnte erst nach vier Jahren aus der unerträglichen Situation flüchten. Ich will zwei Beispiele nen-

nen: In meiner Einheit hatte ich einen Freund, den ich schon von klein auf kannte.



Als unser Vorgesetzter das erfuhr, wurden wir beide festgenommen. Uns wurden 24 Stunden lang die Arme und Beine zusammen auf dem Rücken gefesselt. Wir wurden mit Milch übergossen und in die Sonne gelegt. Ein zweites Beispiel: Ein Vorgesetzter wollte für seine Frau ein Haus bauen lassen. Wir mussten die Arbeit für ihn machen. Das verweigerte ich. Daraufhin ließ er mich für zwei Wochen in Dunkelhaft stecken. Im Juni 2001 konnte ich glücklicherweise fliehen und schließlich nach Deutschland kommen.“

Bisrat Habte Micael

„Ich wurde mit 15 Jahren zum Militär einberufen, unter dem Vorwand, dass wir unsere Schulzeugnisse erst nach Ableistung der Grundausbildung erhalten würden. So kam ich als Minderjährige in das Militärlager nach Sawa, wie auch viele andere. Sie nahmen sogar 13-Jährige, wenn sie groß genug waren. Söhne und Töchter von reichen Familien wurden an sicheren Plätzen eingesetzt, erhielten Urlaub oder andere Vergünstigungen. Im Militär befahl mir mein Kommandeur, seine Sklavin, ihm zu Diensten zu sein. Ich weigerte mich. Er ließ mich verhaften und foltern. Ich hatte Angst um mein Leben, konnte aber glücklicherweise fliehen. Andere Frauen wurden von den Vorgesetzten vergewaltigt und wurden schwanger.“



zu leben. Eine beträchtliche Anzahl von ihnen befindet sich in Europa, Libyen, Äthiopien und dem Sudan und ersucht dort um politisches Asyl. Kriegsdienstverweigerung ist in Eritrea ein Tabuthema. Kriegsdienstverweigerer werden als Feiglinge angesehen und als Personen, denen es an Patriotismus fehlt. Es gibt keinen zivilen Ersatzdienst. Nach einem provisorischen Strafgesetz ist bei Desertion eine Haftstrafe von bis zu 5 Jahren vorgesehen, in Kriegszeiten auch die Todesstrafe.

zivil: Welche Bedeutung hat die Kriegsdienstverweigerung in dieser Situation?

Kidane: Die Kriegsdienstverweigerung ebnet den Weg zum Frieden. Wir brauchen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das eritreische Volk steckt in einer tiefen politischen, sozialen und ökonomischen Krise. Die unverzügliche Umsetzung der folgenden Punkte ist dringend erforderlich: Die Errichtung lebendiger demokratischer Strukturen, die freie Wahl einer verfassungsmäßigen Regierung und die Einführung eines Mehrparteiensystems. Darüber hinaus müssen alle inhaftierten politischen Gefangenen und KriegsdienstverweigerInnen freigelassen werden.

Die Ablehnung des Krieges durch viele Menschen in Eritrea sowie in den benachbarten Ländern hat dazu geführt, dass die verantwortlichen Personen endlich angefangen haben, friedliche Lösungen in Betracht zu ziehen, Respekt gegenüber dem menschlichen Leben zu entwickeln und für die Zukunft der Jugend

Viele werden dann von ihren Familien verstoßen. Sie sind traumatisiert, bringen sich oder ihr Kind deswegen um. Wir sind desertiert, um unsere Würde und unser Leben zu retten, obwohl wir unser Land lieben.“

Weldu Habtemicael

„Ein Freund von mir ging in die Stadt und kam nicht mehr zum Militär zurück. Am nächsten Tag brachte ihn die Militärpolizei. Er wurde den ganzen Tag gefesselt in die Sonne gelegt. Es war so heiß, er lag da so lange, bis er aus Nase und Mund blutete. Er



zeigte keine Reue. So erhielt er weitere drei Monate Haft. Die Haare wurden ihm abrasiert, er musste schwere Arbeit leisten, zum Beispiel den ganzen Tag in der Hitze ein Loch graben, ohne dass es irgendeinen

einzutreten, die eine produktive Nation aufbauen kann. Die Kriegsdienstverweigerung ist der Gegenpart zum Krieg und zum Militarismus. Ein Kriegsdienstverweigerer, eine Kriegsdienstverweigerin, ist eine Person, die auf der anderen Seite steht. Wir glauben, dass KriegsdienstverweigerInnen den negativen Einstellungen gegenüber treten und sie verändern können.

Die Fragen an Yohannes Kidane stellte Rudi Friedrich.

Übersetzung aus dem Englischen:
Axel Heinemann

Kontakt:

Eritreische Antimilitaristische Initiative
Yohannes Kidane
Bahnstr. 51, 61449 Steinbach
Tel.: 0162-5208472
E-Mail: yohannesk2000@yahoo.com



Sinn machte. Auch das war eine Form der Strafe. Nach drei Monaten kam er wieder. Er zeigte noch immer keine Reue. Da er keinen Ausweg mehr sah, erschoss er sich selbst.“

Ruta Yosef-Tedla

„Ich bin prinzipiell gegen Krieg. Aufgrund meiner religiösen Erziehung, ist Töten, ist Krieg eine Sünde für mich. Als der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien begann, sah ich viele meiner Nachbarn, wie sie verwundet und verstümmelt wurden. Zudem erlebte ich, wie sich die Situation für Frauen verschlechterte. Es gab immer mehr Vergewaltigungen. Das hat mich geschockt. Über die Folgen des Krieges durfte aber nicht öffentlich gesprochen werden.“



Eritrea

Eritrea wurde 1991 nach 30 Jahren bewaffnetem Kampf gegen Äthiopien unabhängig. In einem von der UNO 1993 initiierten Referendum stimmten 99,85 % der eritreischen Bevölkerung für die Freiheit. Das Land hat eine geschätzte Einwohnerzahl von 4,5 Millionen, die vorwiegend von der Landwirtschaft leben.

Die italienische Kolonialmacht gründete Eritrea 1885 in seiner heutigen Form und gab dem Land seinen Namen. Nachdem die Italiener 1942 ihre Kolonien in Nord- und Ostafrika verloren hatten, wurde Eritrea 10 Jahre dem Protektorat von Großbritannien unterstellt. 1950 entschied die UNO, dass Eritrea eine zehnjährige Konföderation (1952-1962) mit dem Nachbarstaat Äthiopien eingehen sollte. 1961 verletzte die äthiopische Regierung jedoch die Konföderationsvereinbarung und erklärte Eritrea zur 14. Provinz Äthiopiens. Unter Führung von Hamid Idris Awate begann die „Eritrean Liberation Front“ (ELF – Eritreische Befreiungsfront) im selben Jahr den bewaffneten Widerstand.

1970 spaltete sich die ELF. Die zweite Fraktion, die „Eritreische Volksbefreiungsfront“ (EPLF – Eritrean People Liberation Front) vertrieb schließlich 1982 die ELF aus Eritrea und bestimmte von da an den Befreiungskampf und die Zukunft des Landes.

Kurz nach der Unabhängigkeit setzte die EPLF eine Übergangsregierung für Eritrea ein. Der Anführer der Befreiungsbewegung, Isayas Afewerki, wurde erster Präsident der neuen Nation. Unter seiner Führung übernahmen EPLF-KämpferInnen alle Verwaltungsposten und andere Schlüsselpositionen des Landes. 1994 benannte sich die Organisation in „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ um (PFDJ – People's Front for Democracy and Justice).

Yohannes Kidane,
Übersetzung: Axel Heinemann

Heinz in »Ohne Moos nix los«

Wössner



Heinz in »Dumm gelaufen.«

Wössner



Heinz und der Zahnstein des Weisen

Wössner



Zeichnungen: F. Wössner

Rüstungsexport –

Einspruch gegen das Geschäft mit dem Tod



Deutschland ist Export-Weltmeister. Kein Land führt mehr Produkte aus. Auf Platz eins der Export-Rangliste übertrifft das kleine Deutschland selbst die großen USA. Der Stolz auf das weltweite Interesse an den Produkten „made in Germany“ wird allerdings erheblich getrübt durch die Tatsache, dass ein wachsender Teil der deutschen Ausfuhren Rüstungsgüter und Kriegswaffen sind. Deutschland zählt zu den führenden Rüstungsexporteuren der Welt. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung angekündigt hatte, die Kriterien für Rüstungsexport-Genehmigungen zu verschärfen, ist in Wirklichkeit das Geschäft mit den Rüstungsausfuhren gewachsen. Ein „Mordgeschäft“, wie unser zivil-Dossier auf den folgenden Seiten zeigt. W.Sch.

Deutsche Rüstungsexportpolitik auf Abwegen

Zum Rüstungsexportbericht 2004 der GKKE

Von Horst Scheffler

Der Werte- und Normenhimmel scheint zu stimmen. Jede Bundesregierung, gleichgültig von welchen Parteien sie gestellt wird, behauptet, bei der Genehmigung von Rüstungsexporten, insbesondere in Entwicklungsländer, einen restriktiven Kurs zu verfolgen. Die Standards der Menschenrechte, der Entwicklungsverträglichkeit und der Friedensförderung gelten als feste normative Bezüge deutscher Rüstungsexportpolitik. Nun ist die Behauptung eines restriktiven Kurses bei Rüstungsexporten kein Privileg deutscher Politik. Im Jahr 1998 hatten sich die damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) darauf geeinigt, ihre Rüstungsexportpolitik durch einen Verhaltensko-

6. Das Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft, insbesondere was seine Haltung zum Terrorismus, die Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und die Einbehaltung des Völkerrechts anbelangt

7. Das Risiko der Umleitung der Ausrüstung im Käuferland oder die Wiedereinfuhr unter unerwünschten Bedingungen

8. Die Vereinbarkeit der Rüstungsexporte mit der technischen und wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes, mit besonderem Augenmerk darauf, dass Staaten nur die zur Wahrung legitimer Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse nötigen Ressourcen für Rüstungszwecke einsetzen

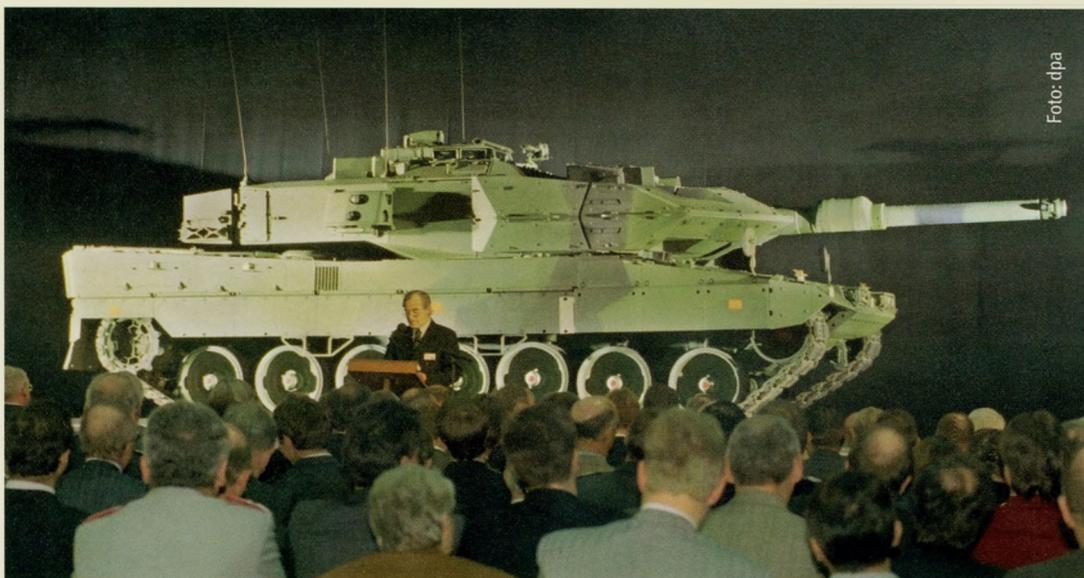


Foto: dpa

Festakt für einen Exportschlager: Die Firma Krauss-Maffei feiert den Verkaufsabschluss des Panzers „Leopard II“ nach Schweden (1996)

dex aufeinander abzustimmen. Sie formulierten ein Regelwerk, das durch eine Erklärung des EU – Ministerrats veröffentlicht und für politisch relevant erklärt wurde, jedoch rechtlich nicht einklagbar ist, den EU – Verhaltenskodex für Rüstungsexporte.

Die acht Kriterien des EU-Verhaltenskodex:

1. Die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten (u. a. Sanktionen, Übereinkünfte der Nicht-Verbreitung)
2. Achtung der Menschenrechte im Endbestimmungsland
3. Die innere Lage im Endbestimmungsland (gewalttrüchtige Spannungen, bewaffnete Konflikte)
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region
5. Die nationale Sicherheit der Mitgliedstaaten und der Gebiete, deren Außenbeziehungen in die Zuständigkeit eines Mitgliedstaats fallen, sowie die nationale Sicherheit von befreundeten und verbündeten Ländern

Zurzeit wird der EU-Verhaltenskodex mit dem Ziel der Aktualisierung und Präzisierung überarbeitet. So soll zukünftig auch über die Erteilung von Lizenzen zur Produktion von Rüstungsgütern nach den Kriterien des Verhaltenskodex entschieden werden. Wie dringlich eine solche Ergänzung ist, zeigen Meldungen, dass Gewehre des deutschen Typs „G-3“, die im Iran, in der Türkei und in Pakistan in Lizenz gefertigt worden sind, in aktuellen Kriegsgebieten wie im sudanesischen Darfur auftauchen.

Dieser Fall zeigt schon, dass die Stimmigkeit im deutschen und europäischen Werte- und Normenhimmel mit den irdischen

Realitäten der Welt der Politik und Ökonomie konkurriert. Deshalb haben die Kirchen nun zum achten Mal einen Rüstungsexportbericht vorgelegt, der wieder von der Fachgruppe für Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) erarbeitet worden ist. Bei der Präsentation dieses Rüstungsexportberichts in Berlin vor der Bundespresskonferenz betonten die Prälaten Karl Jüsten (katholisch) und Stephan Reimers (evangelisch) als Vorsitzende der GKKE, der Bericht prüfe die deutschen Rüstungsexporte im Zusammenhang von Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und widerspreche entschieden dem Eindruck einer vorgeblich restriktiven Politik der Rüstungsexporte durch die Bundesregierung. Mit ihren Lieferungen nimmt die Bundesrepublik nämlich erneut einen Spitzenplatz unter den Exportländern ein. Innerhalb der Europäischen Union ist sie – hinter Frankreich – der zweitgrößte Exporteur.

Die kirchlichen Prälaten regten an, die alarmierenden Befunde des diesjährigen Berichts sollten Anlass für eine sorgsame politische Debatte über die Politik der Rüstungsexporte sein. Sie würden dem Deutschen Bundestag gut anstehen. Sie rühten, das Feld der Rüstungsexporte werde nach Recht und Ordnung

administriert, entbehre aber zunehmend einer politisch verantworteten Orientierung, die deutlich mache, dass Rüstungsexporte im Kontext einer integral gestalteten Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu stehen habe. Doch gerade diese Orientierung hatten die Koalitionsparteien der jetzigen Bundesregierung bei ihrer Regierungsübernahme angesagt.

Deutsche Panzer für die irakische Armee

Am Beispiel der deutschen Rüstungslieferungen an den Irak zeigt der Rüstungsexportbericht die Diskrepanz zwischen dem Werte- und Normenhimmel und der realen Rüstungsexportpolitik: Im September 2004 genehmigte der Bundessicherheitsrat die Ausfuhr von zwanzig gebrauchten Transportpanzern vom Typ „Fuchs“ für die neu aufzubauenden und auszustattenden irakischen Streitkräfte. Die Bundesregierung hatte in Umsetzung entsprechender NATO – Beschlüsse bereits die Lieferung von hundert Lastkraftwagen aus Bundeswehrbeständen zugesagt. Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten sich bereit erklärt, die gebrauchten Panzer für die klimatischen Verhältnisse im Irak umzurüsten und dies auch zu finanzieren. Bundeswehrangehörige weisen die Iraker in die Nutzung der Panzer ein.

Die GKKE stellt in ihrem Bericht zu diesem Vorgang fest, dass die Exportgenehmigung im Widerspruch zu den „Politischen Grundsätzen“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 steht. Diese legen fest, dass keine deutschen Waffen und Rüstungsgüter in Gebiete mit gefährdeter regionaler wie innerer Sicherheit geliefert werden dürfen. In Absatz III, 4 dieser Grundsätze ist festgelegt: „Genehmigungen für Exporte ... kommen nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, z. B. bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen und bei hinreichendem Verdacht des Missbrauchs zu innerer Repression oder zu fortwährenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.“ Ergänzend wird in Absatz III, 5 festgestellt: „Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht.“

Deutsche U-Boote nach Israel

In der SPD-Bundestagsfraktion wurde zugunsten dieser Exportgenehmigung das Argument vorgebracht, man habe den „Geist der Richtlinien“ gegen das politische Interesse einer Unterstützung der irakischen Übergangsregierung abwägen und zugunsten deren Wünschen entscheiden müssen. Die GKKE urteilt hierzu, diese Argumentation beschreibe zwar das Dilemma der Entscheidungsfindung, entwerfe aber tatsächlich die Richtlinien. Eine merkliche Verschiebung der Maßstäbe finde statt, die alle Bemühungen konterkariere, unter Opportunitätsgründen getroffene Entscheidungen zu verhindern, deutsche rüstungspolitische Entscheidungen vorhersehbar und für alle Beteiligten kalkulierbar zu machen. Die Verweise auf den vermeintlichen defensiven Charakter der zu liefernden Fahrzeuge und die Behauptung, die Sicherheit im Irak durch die Lieferung zu erhöhen, unterstrichen nur die Gefahr einer Erosion geltender Standards. Ebenfalls lassen die Lieferungen weiterer deutscher U-Boote an Israel, die Überlassung von ausgemustertem Bundeswehrmaterial an Staaten des nördlichen Afrika (z. B. an Ägypten und Tunesien) sowie Schiffslieferungen an Südafrika befürch-

ten, dass die gesetzten Kriterien für Rüstungsexporte unterlaufen werden. Dies geschieht erst recht bei Umweggeschäften. So liefert ein deutscher Hersteller Motoren für Militärlastwagen an die Ukraine, die von dort aber an Burma, das seit 1996 seitens der EU einem Waffenembargo unterliegt, weiterexportiert werden sollen.

Foltergeräte „made in Germany“

Auf ein bisher noch gar nicht geregeltes Gebiet des Waffenexports weist die GKKE hin. Die EU-Staaten exportieren auch Güter, die als Folterinstrumente genutzt werden oder deren Einsatz Menschen- und Bürgerrechte verletzen, so etwa Hand- und Fußfesseln, Schlaginstrumente, elektrische Waffen. Bisher erfassen die EU-Kontrolllisten für Waffen und Rüstungsgüter solche Instrumente nicht und auch nicht die gesamte Ausrüstung für Polizei und Sicherheitskräfte. Obwohl bereits im Dezember 2002 die Europäische Kommission einen „Vorschlag für eine Verordnung betreffend den Handel mit bestimmten Ausrüstungsgegenständen und Waren, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen oder Strafen verwendet werden können“ vorgelegt hat, ist es noch nicht zu einem Beschluss gekommen. Die GKKE bedauert, dass keine EU-verbindliche Regelung die Ausfuhr von Folterinstrumenten verhindert. Sie fordert den Ministerrat auf, dieses Problem zu bearbeiten. Auch steht der deutschen Regierung selbst offen, durch gesetzliche Regelungen jegliche Exporte sowie Hilfen für Sicherheitskräfte zu untersagen, die in Empfängerländern zu Menschenrechtsverletzungen, Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht oder zur Entstehung bzw. Verschärfung von äußeren und inneren Konflikten führen können.

James Wolfensohn, der Präsident der Weltbank, hat auf das fundamentale Ungleichgewicht zwischen den Weltrüstungsausgaben in Höhe von mehr als 900 Milliarden US-Dollar, den Agrarsubventionen der Industriestaaten in Höhe von 325 Milliarden US-Dollar und den zur Verfügung gestellten Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 50 bis 60 Milliarden Dollar hingewiesen. Er unterstrich dieses Missverhältnis mit der Anmerkung, man gebe zwanzigmal mehr für die militärische Aufrüstung aus als dafür, Menschen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Da bisher der weltweite politische Wille fehlt, die Ressourcen für Rüstungsgüter in Mittel für Entwicklung und Wachstum zumindest in eine Balance zu bringen, werden die Kirchen vom Geist des Evangeliums her weiterhin den Rüstungsexport beobachten und bewerten und sich für den Vorrang der gewaltfreien Optionen vor den militärisch-kriegerischen sowohl in der Präventionsarbeit als auch bei der Lösung von politischen Konflikten einsetzen. Deshalb haben sich die Kirchen auch hinsichtlich der Volksrepublik China gegen die Aufhebung des Waffenembargos ausgesprochen. Die beiden Vorsitzenden der GKKE erklärten: „Auch der wiederholte Einsatz des Bundeskanzlers für eine Aufhebung des Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China ist angesichts der beträchtlichen nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen, die der Staat dort begeht, nicht nachzuvollziehen.“

Der Rüstungsexportbericht der GKKE ist im Internet abrufbar unter www.GKKE.org.

Horst Scheffler ist Leitender Wissenschaftlicher Direktor und Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE, Militärschichtliches Forschungsamt Potsdam

„Öl ins Feuer bestehender Konflikte“

Scharfe Kritik von Friedensorganisationen an der Steigerung deutscher Rüstungsexporte

„Einen eklatanten Verstoß gegen die eigenen menschenrechtlichen, friedens- und entwicklungspolitischen Entscheidungskriterien“ und „eine mangelhafte Transparenz im Dunkel der deutschen Rüstungstransfers“ warfen Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen aus dem ganzen Bundesgebiet der Bundesregierung vor. Anlass war die Bundestagsdebatte zum Rüstungsexportbericht 2003 am 10. März 2005.

Die Kritiker beklagen die Vervielfachung der tatsächlichen Ausfuhr von Kriegswaffen im Jahr 2003 in Höhe von 1,3 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr (0,3 Mrd. Euro) und die Steigerung der Einzelgenehmigungen für Rüstungstransfers um 50 Prozent auf 4,9 Mrd. Euro. „Mit der Lieferung von Kriegswaffen und militärisch verwendbaren Gütern in 78 Länder außerhalb der EU und der NATO gießt die Bundesregierung weiterhin weltweit Öl ins Feuer bestehender Konflikte, vor allem in den Spannungsgebieten im Nahen Osten und in Südostasien“, sagte Holger Rothbauer, Sprecher der Kampagne gegen Rüstungsexport.

Der deutsche Rüstungsexportbericht für 2003 enthält aus Sicht der Organisationen nach wie vor erhebliche Mängel. Noch immer fehlten bei den Exportgenehmigungen Details zu Art und Umfang der geplanten Lieferungen, zu Lieferanten, zu Empfängern, zum Verwendungszweck und zu Maßnahmen gegen eine Weiterverbreitung. Der Bericht belege auch, dass immer noch Lieferungen an problematische Staaten an der Tagesordnung sind. Eine konsequente Berücksichtigung von Menschenrechten, Gewaltprävention und nachhaltiger Entwicklung als Kriterien für die Exportentscheidungen sei weiterhin nicht nachvollziehbar.

„Aus menschenrechtlicher Sicht völlig unverständlich sind beispielsweise die Genehmigungen für Kleinwaffen, Munition oder Waffenteile nach Ägypten, Saudi-Arabien, Thailand, Malaysia oder Mexiko“, sagte Mathias John, Rüstungsexperte von amnesty international. „Angesichts solcher Genehmigungen sind die politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport kaum noch das Papier wert, auf dem sie stehen.“

„Von 1998 bis 2003 hat Deutschland Kleinwaffenlieferungen im Wert von rund 32 Millionen Euro in Staaten außerhalb der EU und NATO genehmigt“, kritisierte Jürgen Grässlin, der Bundessprecher der DFG-VK. „Damit bleiben die internationalen



Fotos: dpa

Bemühungen der Bundesregierung zur Kontrolle des Kleinwaffenhandels im Grunde Lippenbekenntnisse.“

„Völlig verschwiegen werden im Rüstungsexportbericht die Lieferungen von zivil wie militärisch nutzbaren Dual-use-Gütern. Nach unseren Recherchen wurden zum Beispiel für die Volksrepublik China 510 Genehmigungen für solche Güter mit einem Gesamtwert von 248,6 Millionen Euro erteilt, obwohl ein Waffenembargo gegenüber dem Regime in Peking besteht“, erklärte Andrea Kolling, Sprecherin der Kampagne „Stopt den Rüstungsexport“.

Die Organisationen fordern von der Bundesregierung, dass die Kriterien für Exportentscheidungen nachvollziehbar sind, sowie eine wirksame Export-Kontrolle durch das Parlament. Es sei inakzeptabel, dass der Bericht für 2003 erst im Frühjahr 2005 im Bundestag diskutiert wurde. Keinesfalls dürften weiterhin Munition und Kleinwaffen in Drittstaaten exportiert und staatliche Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte gewährt werden. Der „Kampf gegen den Terror“ müsse an der Beseitigung der wahren Ursachen – wie Hunger und Armut – ansetzen und dürfe nicht durch weitere Waffenexporte verschärft werden.

Die an der Rüstungsexportkritik beteiligten Organisationen sind: amnesty international, die BUKO-Kampagne Stopt den Rüstungsexport, die Kampagne gegen Rüstungsexporte bei Ohne Rüstung Leben, das Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS), die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), die AG Rüstungsexport im Netzwerk Friedenskooperative, Oxfam Deutschland und das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.).



Produktion des Panzers „Leopard II“ bei Rheinmetall. Der Konzern ist mit 200 Gesellschaften weltweit vertreten

Kommentar

Organisierte Kriminalität auf höchster Ebene

Von Ute Scheub

Die weltweite Rüstung ist der schlimmste Feind der Menschheit. Sie frisst dringend benötigte Ressourcen und verwandelt sie in Herrschaft, Gewalt, Ungerechtigkeit, Angst und Schrecken. Nur rund 30 Prozent der weltweit für Rüstung ausgegebenen Summen würden genügen, um sämtliche großen Menschheitsprobleme zu lösen wie Hunger, Unterernährung, Aids und andere Seuchen, Analphabetismus, Umweltzerstörung, Klimakatastrophe; um alle Menschen mit Essen und Trinken, Wohnungen, Bildung und Medizin zu versorgen; um die Schuldenlast zu verkleinern, Minen und Atomwaffen zu beseitigen und demokratische Systeme aufzubauen. Es wäre höchste Zeit für eine Gewaltsteuer auf alle Rüstungsprodukte, mit der überlebende Opfer entschädigt und die Behandlung ihrer körperlichen und seelischen Wunden finanziert werden könnte.

Aber es geht nicht einmal nur um Waffen. Die wahrscheinlich gefährlichste Auswirkung der Globalisierung, deren Konsequenzen die breite Öffentlichkeit nicht einmal in Ansätzen begriffen hat, ist der weltweite Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols.

Auf der nördlichen Halbkugel und vor allem in den USA wird der gesamte „Sicherheits“-Sektor immer weiter privatisiert, ob nun in Form von Sicherheitsdiensten, Söldnertruppen oder Privatgefängnissen. Auf der südlichen sind es die „failing states“, die für sein Verschwinden sorgen und den Weg freimachen für die Terrorherrschaft bewaffneter Banden. Dort bieten zynische Unternehmer die Dienstleistung „Anwendung von Gewalt“ parallel zur Dienstleistung „Schutz vor Gewalt“ an – im praktisch-preiswerten Doppelpaket. Sie sind an kriegerischen Verhältnissen interessiert, weil sie daran so gut verdienen, sie fürchten nichts mehr als einen langandauernden Frieden.

Erst die moderne Waffenproduktion und der anschließende Rüstungsexport haben die heutigen Kriegsökonomien möglich gemacht. Weltweit sterben neun von zehn Kriegsoffern durch so genannte Klein- und Leichtwaffen, vor allem Pistolen, Gewehre und Maschinengewehre. Sie sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen. Gut eine halbe Milliarde von ihnen kreist derzeit um die Welt, eine für jeden zwölften Menschen. Sie sind unglaublich billig, vor allem im Verhältnis zu der Macht, die sie ihren Besitzern verleihen. In Uganda kostet eine Kalaschnikow so viel wie ein Huhn, in Mosambik so viel wie ein Sack Mais – wie viele Hühner, wie viele Sack Mais kann man damit rauben?

Nach Artikel 51 der UN-Charta darf Waffenexport nur für Verteidigungszwecke stattfinden und keine existierenden Konflikte verschlimmern oder Menschenrechtsverletzungen verursachen. Warum verstoßen fast alle Rüstungsexporteure dagegen? Weil die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich – gleichzeitig die fünf größten Waffenverkäufer sind. Zusammen mit der Rüstung exportierten sie auch die Kriege aus dem Norden in den Süden: 85 Prozent aller bewaffneten Konflikte fanden seit 1945 in armen Ländern statt.

Warum gilt hier eigentlich nicht das Verursacherprinzip, wie sonst überall in der Wirtschaft und der Politik? Weshalb dürfen die Produzenten von Uranmunition Regionen im Irak und



Weltweit sterben neun von zehn Kriegsoffern durch Klein- und Leichtwaffen

Afghanistan für Millionen von Jahren verseuchen, ohne dass sie dafür zur Verantwortung gezogen werden? Weshalb sorgt die UNO nicht mit Sanktionen dafür, dass alle Staaten auf Erden nicht mehr als ein Minimum an Waffen besitzen, gerade mal so viel, um ihre Polizei auszurüsten und das staatliche Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten? Wieso soll es nicht möglich sein, sämtliche Munitions- und Sprengstoffproduzenten der Welt zu kontrollieren, und zwar so scharf, dass weder Ländern noch terroristischen Gruppen etwas in die Hände fällt? Weshalb sollte das nicht auch für sämtliche Pistolenfabriken gelten? Für alle Minenhersteller? Warum gibt es immer noch kein weltumspannendes Verbot für alle Arten und Sorten Massenvernichtungswaffen?

Jeder kennt die Antwort auf diese Fragen: Es fehlt der politische Wille. Diejenigen, die die Herrschaft innehaben, wollen sie nicht aufgeben. Militärapparate schützen Imperien, Interessen, Reichtümer, ersticken Veränderungspotenziale und Revolten. Sie frieren Gesellschaften in ihre Vergangenheit ein, so dass diese den letzten Stand der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten niemals erreichen. Rüstung ist organisierter Raub von Zukunft, organisierte Kriminalität auf höchster Ebene. Aber leider legal.

Ute Scheub lebt als freie Journalistin in Berlin, ihr letztes Buch heißt „Friedenstreiberinnen – elf Mutmachgeschichten aus einer weltweiten Bewegung“.

Deutsche Waffen auf den Schlachtfeldern der Welt

Deutscher Meister im Rüstungsexport ist die Firma Heckler & Koch – seit dem Zweiten Weltkrieg hat kein Produkt eines Deutschen Unternehmens mehr Tote und Verletzte gefordert

Von Jürgen Grässlin

Großwaffensysteme wie Kampfflugzeuge, Panzer oder Kriegsschiffe sind die schlimmsten Waffensysteme, mit ihnen werden die meisten Menschen in Kriegen und Bürgerkriegen verwundet oder getötet. Diese Behauptung ist so nahe liegend wie falsch. Denn in den rund 42 Kriegen und bewaffneten Konflikten, die im Jahr 2004 vor allem in Afrika, Asien, dem Nahen und dem Mittleren Osten tobten, spielen die so genannten „Kleinwaffen“ eine wesentlich bedeutendere Rolle. Mit ihnen werden Millionen von Menschen verstümmelt oder getötet. Sie sind die Werkzeuge in den Händen von Menschenrechtsbrechern und Kriegsherren. Zu den „Kleinwaffen“ zählen Pistolen, Maschinenpistolen, Schnellfeuer- und Maschinengewehre, tragbare Raketenwerfer oder Mörser bis zu einem Kaliber von 100 mm, die von einer oder zwei Personen getragen und eingesetzt werden können. Nach Schätzungen befinden sich derzeit mehr als 550 Millionen Kleinwaffen im weltweiten Einsatz, wobei heutzutage rund neun von zehn Kriegstoten und -verletzten unschuldige Frauen, Männer und Kinder sind.

Die Killerwaffe Nummer 1 – das Gewehr

Überraschend erscheint die Tatsache, dass kein anderer Waffentyp so häufig und – aus Sicht der Militärs – so „effizient“ eingesetzt wird, wie die „Kleinwaffen“. Von hundert Toten und verletzten Zivilisten sind durchschnittlich fünf dem Einsatz von Großwaffensystemen zum Opfer gefallen. Die weiteren 95 Toten und Verletzten werden von Handgranaten (2), Mörsern und anderen Artilleriewaffen (10), Faustfeuerwaffen, wie Pistolen und Revolvern (10), und Landminen (10) getroffen. Die Killerwaffe Nummer 1 aber ist das Gewehr, durch dessen Einsatz rund zwei Drittel (63) aller Opfer verwundet oder erschossen werden. Diese Schätzungen legte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz vor, das sich dabei auf 41 Konfliktgebiete der 1990er Jahre bezog. Deutschland ist einer der führenden Hersteller, Exporteure und Lizenzgeber von „Kleinwaffen“. Gemessen an der Zahl der Rüstungstransfers rangiert die Bundesrepublik mit Kleinwaffenexporten im Volumen von 334 Millionen Euro nach den USA weltweit auf Platz zwei, noch vor Brasilien und Russland.

Der deutsche Gewehrhersteller Nummer 1: Heckler & Koch

Mit dem Aufbau der Bundeswehr erwarb die Bundesregierung Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre die Lizenzen, auf deren Basis das Schnellfeuergewehr G3 entwickelt wurde. Die G3-Entwicklung wurde vom Bundesverteidigungsministerium (BMVg) finanziert, so dass sich die G3-Lizenz im Besitz des Bundes befand. Die Produktion dieser Generation von Handfeuerwaffen erfolgte bei der Oberndorfer Firma Heckler & Koch. Von 1961 bis 1981 vergaben die Bundesregierungen, gleich welcher parteipolitischen Couleur, in einer Allparteienkoalition fünfzehn G3-Lizenzen zum Nachbau des Schnellfeuergewehrs in Portugal (1961), Pakistan (1963), Schweden (1964), Norwegen

(1967), Iran (1967), Türkei (1967), Saudi-Arabien (1969), Frankreich (1970), Thailand (1971), Brasilien (ca. 1976), Griechenland (1977), Mexiko (1979) und Myanmar/Birma (1981).



Kriegsdokumente aus türkischen Fotoalben: Rund 80 Prozent der Bürgerkriegsopfer – weit überwiegend kurdische Zivilisten – wurden nach Schätzungen des Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen zwischen 1984 und 1999 von türkischen Sicherheitskräften mit G3-Gewehren und MP5-Pistolen aus der Lizenzfabrikation im eigenen Land getötet.

Zudem erhielten die Philippinen und Malaysia G3-Lizenzen. Für kein anderes Gewehr wurden derart viele Lizenzen vergeben. Damit tragen die Bundesregierungen massiv Mitverantwortung an der Globalisierung des Handfeuerwaffenmarktes. Trotz der weltweiten Nachbauten der G3-Lizenznehmer konnte man auch bei Heckler & Koch weiterhin deutliche Verkaufserfolge verbuchen. So bestätigte die Bundesregierung unter Kanzler Kohl Ausfuhrgenehmigungen für G3-Gewehre bis 1988 für über 80 Staaten. Auch diese Zahl an Empfängerländern stellt einen bis heute unerreichten Rekord dar. Allein gemessen an der Zahl offiziell bestätigter Empfängerländer ist Heckler & Koch deutscher Rüstungsexportmeister.

Auch das Ergebnis der Direktexporte der H&K-Maschinenpistole MP5 und der Nachbau in neun Staaten ist dramatisch: Offiziell schießen heute Sicherheitskräfte in mindestens 61 Staaten mit MP5-Maschinenpistolen – dem so genannten „Mercedes“ unter den MPs. Als Lizenzgeber hat Heckler & Koch alle MP5-Exporte zu verantworten. Obwohl in verschiedenen Fällen abgeschlossene Endverbleibserklärungen gebrochen worden sind, ist kein einziger Fall bekannt, in dem deutsche Regierungspolitiker oder H&K-Vertreter gegenüber den Lizenznehmern Konsequenzen angedroht oder gar vollzogen hätten. Bei derartigem Rechtsbruch drücken die Verantwortlichen der Firma und der Bundesregierung offenbar beide Augen zu.

Das G36 – Nachfolger des G3 auf den Schlachtfeldern der Welt?

Vor gut zehn Jahren erteilte ein General der Heeresrüstung die Einföhrungsgenehmigung für das Gewehr HK50, das vom Materialamt der Bundeswehr G36 getauft wurde. Das G36 zeichnet sich – im Vergleich zum G3 – durch eine um rund 50 Prozent erhöhte Feuerkraft und ein spürbar geringeres Gewicht aus. Damit bietet das G36 Soldaten im Kampfeinsatz einen entscheidenden Vorteil bei der Beweglichkeit.

Im Februar 1999 dürften bei der Heckler & Koch-Geschäftsführung einmal mehr die die Sektorken geknallt haben, denn das Unternehmen erhielt die Zusage, dass das bei der Bundeswehr eingeföhrte G36 nunmehr auch als Standardwaffe der spanischen Streitkräfte beschafft werden würde. Die ersten 15.000 G36E – „E“ steht für Export – wurden noch in Oberndorf gefertigt, die weiteren 100.000 bereits bei der Empresa Nacional Santa Barbara in Galizien.

Heute droht sich die G3-„Erfolgs“geschichte mit dem G36 zu wiederholen. Denn seit dem Verkauf von Heckler & Koch an eine private Investorengruppe im Dezember 2002 zählt die Firma zu den Topanbietern im Kleinwaffenbereich. Mit dem XM8, einer Variante des G36 mit italienischem Design, will die Oberndorfer Waffenfirma nun den größten Waffenmarkt der Welt erobern: Heckler & Koch baut aus diesem Grund derzeit eine Waffenfabrik im US-amerikanischen Columbus im Bundesstaat Georgia. Zusammen mit dem amerikanischen Rüstungsunternehmen General Dynamics hat H&K im Januar 2005 ein Joint Venture gegründet, um die XM8 für die US-Army zu fertigen. Noch läuft der Feldversuch, doch die Signale aus dem US-Verteidigungsministerium Pentagon sprechen eindeutig für das XM8 und gegen die Mitbewerber. Bereits 2006 könnten die ersten der neuen Waffen auf den Markt kommen.

Stimme und Gesicht für die Kleinwaffenopfer

Nach Schätzungen auf der Grundlage von vorliegenden Opferzahlen vergangener Kriege sind bis heute allein durch den Einsatz der von Heckler & Koch entwickelten Waffen mehr als 1,5 Millionen Menschen ums Leben gekommen – bei Kriegen und Bürgerkriegen in der Türkei, im Irak und Iran, in Uganda, Somalia und in vielen anderen Ländern. Diese Zahl errechnet sich aus den rund 30.000.000 Kriegsoffern seit 1961. Von ihnen wurden 63 Prozent, also rund 18.900.000, durch Gewehrschüsse getötet. Nimmt man den rund achtprozentigen Anteil von H&K-Waffen auf dem Weltmarkt zur Berechnungsgrundlage, dann kamen bislang 1.512.000 Menschen durch Gewehr- oder Maschinengewehre und Maschinenpistolen

ums Leben. Mit anderen Worten: Alle 14 Minuten starb ein Mensch durch eine Kugel aus dem Lauf einer H&K-Waffe. Heute föhren Hunderttausende von Menschen als körperlich Verstömmelte oder psychisch Traumatisierte ein vergleichsweise menschenunwürdiges Leben. Sie haben den Beschuss mit H&K-Waffen überlebt. Doch vielen von ihnen fehlen Gliedmaßen oder sie tragen Kugeln bzw. deren Splitter im Körper, die man durch ihre Haut ertasten kann.

Die riesige Zahl der Opfer macht deutlich: Heckler & Koch ist das Unternehmen, dessen Produkte seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland die meisten Verstömmelten und Toten zur Folge hatten. Doch die Opfer „unserer“ Rüstungsexporte leben auf anderen Kontinenten und bleiben weithin unbekannt. Um der unbefriedigenden Entwicklung im Bereich der Kleinwaffen aktiv entgegen zu treten, gründeten verschiedene Organisationen im Oktober 2002 das „Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen“ (DAKS). Die Mitgliedsorganisationen wollen damit einen aktiven Beitrag zur Gewaltprävention leisten, weitere Exporte und Lizenzvergaben von Kleinwaffen und Munition verhindern und eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

Rüstungsexporte und Lizenzvergaben im Kleinwaffenbereich sind bislang kein Thema von großem öffentlichem Interesse – das will das „Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen“ ändern. Die Zielrichtung der Initiative lautet: Wer die Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Regime stoppen will, muss diesen Flüchtlingen Gesicht und Stimme geben. Nicht länger dürfen Rüstungsexporte als wirtschaftlich notwendige oder arbeitsplatzschaffende Lieferung akzeptiert werden.

Wer Rüstungsexporte mit den Augen der Opfer sieht, wird sich für eine andere Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik einsetzen. Gemeinsam mit Friedens-, Frauen-, Flüchtlings-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsorganisationen, mit Kirchen und Gewerkschaften will DAKS auf die politischen Entscheidungsträger Einfluss nehmen. Damit möglichst viele Menschen nachvollziehen können, welches Leid mit „unseren“ Waffen in aller Welt angerichtet wird, haben die im DAKS zusammengeschlossenen Organisationen einen DAKS-Fonds gegründet. Mit den Mitteln dieses Fonds sollen Recherchen über und Kontaktaufnahme mit Kleinwaffenopfern, Reisen der Kleinwaffenopfer nach Deutschland und Klageverfahren gegen die Waffenfirmen und die politischen Entscheidungsträger finanziert werden. Durch solche Prozesse, so die Initiative, kann die öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen werden, die unbedingt notwendig ist, um die rechtlichen Rahmenbedingungen von Rüstungsexporten zu verschärfen. In den USA könnten Entschädigungsklagen nicht nur die finanzielle Not der Betroffenen lindern, sondern auch die Waffenschmieden empfindlich treffen.



Abdirahman Dahir Mohamed aus Somaliland verlor sein rechtes Bein durch einen Schuss mit einem G3-Gewehr.



Kontakt:

Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS), RüstungsInformationsBüro, RIB e.V., Stöhlinger Straße 7, 79106 Freiburg, www.rib-ev.de. Spenden an den DAKS-Fonds können über RIB e.V. erfolgen. Alle Spenden sind steuerlich absetzbar.

Der Verfasser ist Autor zahlreicher Bücher über die Rüstungs- und Automobilindustrie. Er ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Sprecher des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS).

Am Ende wird's immer ein Gewehr

In Oberndorf am Neckar verbindet sich vieles mit der Waffenindustrie – auch die Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde. Ein Besuch beim Pfarrer.

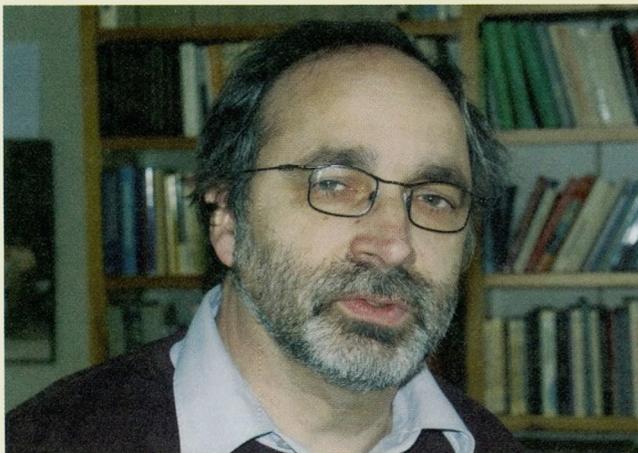
Von Werner Schulz

Nein, sagt der Pfarrer, Symbolwert stecke bestimmt nicht dahinter. Dass die Evangelische Kirchengemeinde der Stadt Oberndorf monatlich ihre Büromiete an die Rüstungsschmiede Heckler & Koch überweist, das lasse mitnichten auf ein besonders enges Verhältnis von Kirche und Waffenbauern schließen. Der Umzug vor ein paar Jahren in das denkmalgeschützte ehemalige Werksgelände von Heckler & Koch, der sei ausschließlich aus Gründen des Sparzwangs erfolgt. Seit in den ehemaligen Produktionshallen keine Waffen mehr montiert werden, vermietet die Firma die Immobilie in der Unterstadt als Gewerbepark.

Dem Global Player Heckler & Koch, einem der weltweit führenden Hersteller von Polizei- und Armeewaffen, wurde es schon in den 1960er Jahren im Talkessel des Schwarzwaldstädtchens zu eng. Ein neues Werk entstand, auf der Hochebene des Stadtteils Lindenhof gelegen. Hier ist Expansion auch künftig machbar, das Gelände hinterm Zaun – videoüberwacht, aber ohne Stacheldraht – ist riesig.

Im Verhältnis von Kirche und Rüstungswirtschaft herrsche in der Stadt schon seit Jahren so etwas wie „Friedhofsstille“, meint Pfarrer Thomas Elser. Er ist einer von zwei evangelischen Pfarrern in Oberndorf. Man lasse sich in Ruhe. Die Gemeinde habe nichts zu tun mit den Waffenbauern – und umgekehrt. Das war nicht immer so. Genau genommen, lacht Pfarrer Elser, genau genommen verdanke die Evangelische Gemeinde in Oberndorf den Büchsenmachern ihre komplette Existenz. Der Pfarrer hat sich eingelesen in die Geschichte:

Im Jahre 1811 war es, da suchte der König von Württemberg nach einem Standort für eine neue Waffenfabrik. In Oberndorf schienen ihm die Bedingungen geradezu ideal: genügend Wasserkraft aus dem Neckar, genügend Holz aus dem Schwarzwald. Eigentlich gab es nur ein kleines Problem: die Gegend war stockkatholisch – die waffenkundigen Soldaten dagegen, die der



Pfarrer Thomas Elser aus Oberndorf



„Hohe Lebensdauer“ verspricht die Werbung von Heckler & Koch – und meint damit selbstredend die „Hardware“: Pistolen, Maschinenpistolen, Gewehre und „Spezialwaffen“.

König vom Ludwigsburger Hofe schickte, waren evangelisch. Daher sandte König Friedrich I schließlich auch die Pfarrer der richtigen Konfession aus – zum „out-of-area-Einsatz“, gewissermaßen.

So fing alles an. Und ausgesprochen gut ging es weiter, für die Waffenmanufaktur sowieso, für die Evangelischen dann auch. Den beiden Brüdern Wilhelm und Paul Mauser nämlich gelang in der „königlich Württembergischen Gewehrmanufaktur“ am Neckarufer ein bahnbrechender Durchbruch: Aus den herkömmlichen Vorderladergewehren entwickelten die schwäbischen Tüftler die zündende Neuerung des Schlagbolzengewehres mit Ladepatronen.

Eine revolutionäre Erfindung, die die beiden Schwaben gewinnbringend zu nutzen wussten. Die findigen Brüder übernahmen schließlich die Waffenfabrik, gründeten die Firma Mauser und statteten die Heere und Eroberungsarmeen mit ihren Gewehren aus. Schon 1896 schossen sämtliche preußische Truppen mit den legendären Mauser-Gewehren, und seither, so behaupten böse Zungen immer wieder, kennen wir den Ausdruck „mausetot“, der eigentlich einmal „Mauser-tot“ hieß.

Der Export boomt

Wenn Pfarrer Elser aus dem Fenster seines Büros schaut, dann sieht er unten am Neckar die grauen Dächer der eben neu gestalteten und deutlich verkleinerten Mauser-Fabrik. Verkauft wird nicht mehr Masse, sondern Präzision. Vor gut 60 Jahren, gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, produzierten die Mauser-Werke – zum Teil in unterirdischen Anlagen – mit rund 10 000 Beschäftigten. Heute sind es, wie beim Konkurrenten Heckler & Koch, keine Tausend. Aber es geht ihr gut, der Rüstungsindustrie in Oberndorf. Die Löhne, so heißt es, seien sehr gut und die Ausbildung der Lehrlinge gilt als vorbildlich. Neben den beiden Großen baut eine weitere Firma mit immerhin hundert Mitarbeitern Sport- und Jagdgewehre. Der Export boomt, in sämtlichen Sparten. Heckler & Koch, sagt die Bäckerfrau auf dem Lindenhof, fährt sogar samstags eine Schicht.

Gleich neben Mauser, auf der Anhöhe überm Neckar, residiert die evangelische Stadtkirche von Oberndorf. Die erste evangelische Kirche in der Region: Eingeweiht 1917, erbaut demnach mitten im zweiten Weltkrieg, gesponsert durch Mauser mit stolzen 100 000 Reichsmark. So etwas wie Berührungspunkte zwischen Kirche und Waffenindustrie gab es in jenen Tagen schlichtweg nicht.

Heute schon, sagt Pfarrer Elser. In den 1980er Jahren, während der öffentlichen Debatte um den so genannten Nachrüstungsbeschluss, sei eine Distanz entstanden, die bis heute wirke. Damals gab es in Oberndorf eine Friedensgruppe, in der Gemeindemitglieder und auch der Pfarrer mitarbeiteten. Damals entstand der Film „Südfrüchte aus Oberndorf“, eine kritische Dokumentation über die heimische Waffenindustrie, den die evangelische Kirchengemeinde mitfinanzierte. Und damals gab es Kirchenaustritte: Christen, die in der Waffenproduktion beschäftigt waren, fühlten sich von ihrer Kirche angegriffen und kehrten ihr den Rücken, Bläser im Posaunenchor warfen ihre Mitgliedschaft hin, weil ihnen die ewigen Vorwürfe zuviel wurden.

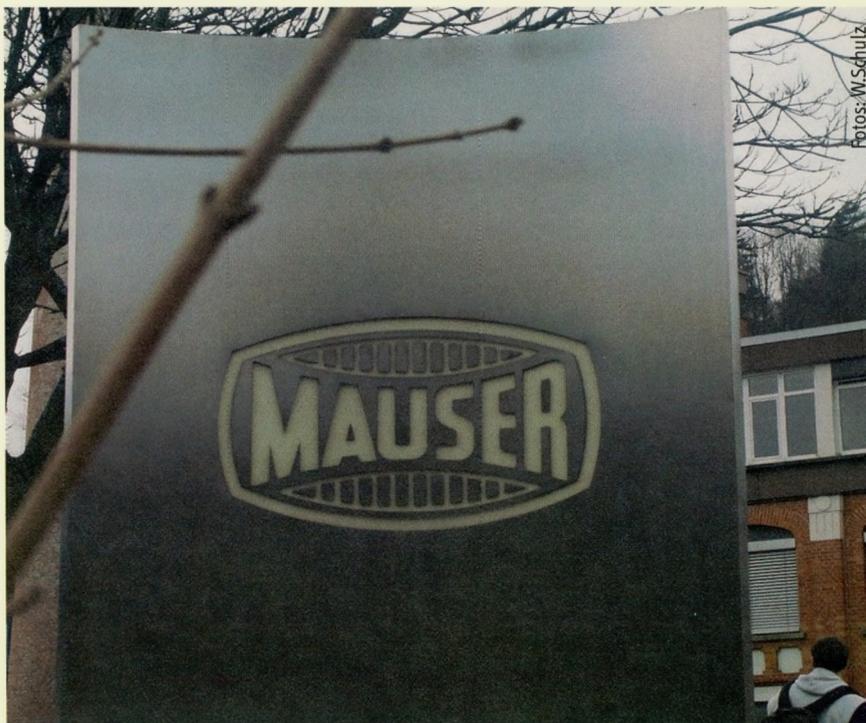
Seit jener Zeit gibt es kaum noch Begegnungen zwischen der Gemeinde und den Waffenfirmen in Oberndorf. „Friedhofsstille“, wie es der Pfarrer nennt, das heißt mitunter ganz konkret: Wenn die Kirchengemeinde in Oberndorf für Veranstaltungen oder Projekte Sponsoren sucht – wie aktuell zur Renovierung der Stadtkirche – dann werden die zwei potentesten Geldgeber ausdrücklich nicht um Spenden gefragt.

Immer wieder Waffen

Pfarrer Elser, so scheint es, hat sich mit der Eiszeit, die auf offizieller Ebene herrscht, arrangiert und abgefunden. Es liegt ihm nicht viel an engen Beziehungen zu den Firmen. Wohl aber an Kontakten zu deren Mitarbeitern. Die würde er gerne stärker integrieren in die Kirchengemeinde. Aber solche Kontakte sind nicht alltäglich. Und wenn, dann fällt dem Pfarrer immer wieder auf, dass die ersten Begegnungen mit ihm als Kirchenmann geprägt sind von so einer Art latentem schlechten Gewissen: „Na ja“, sagen die Leute von sich aus, „ich arbeite halt auch bei Mauser“. Völlig ungefragt schicken sie den Satz voraus: „Wissen Sie, ich bin halt angestellt bei Heckler & Koch“. Mit dieser vorsichtigen, vorsorglichen Entschuldigung, so der Pfarrer, beginnen viele Gespräche. Natürlich würde er niemanden nur wegen seines Berufes schräg anschauen oder gar ablehnen. Aber solche Befürchtungen stehen offenbar im Raum. Und im Grunde, so die Einschätzung des Seelsorgers, liegt das latente schlechte Gewissen, das latente Schuldgefühl auf der gesamten Stadt. Es gibt Nachbarregionen, die sind wegen ihres Heilklimas oder ihrer Schmuckerzeugnisse berühmt. So wunderbar harmlos. In Oberndorf sind es „halt“ Waffen. Man lebt damit, und man lebt davon. Zur puren Selbstverständlichkeit aber wird es wohl nie.

Versuche, von der Waffenproduktion und dem damit verbundenen Image loszukommen, die gab es zahlreich in der Vergangenheit. Man hat Diverses ausprobiert. Messgeräte wurden produziert, oder Fahrräder, man hat Nähmaschinen in allen Preisklassen gebaut, ja sogar Autos... Und dann doch immer wieder Waffen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die wohl größte Chance für einen zivil ausgerichteten Neuanfang. Die Fabriken waren von den französischen Truppen leer geräumt und gesprengt worden, die Menschen hatten den Krieg und die Waffen satt. Und fast alle Dinge des täglichen Bedarfs waren Mangelware.



Das Geschäft der Waffenschmieden „Mauser“ und „HK“ läuft gut: Auf 120 Millionen Euro Umsatz brachte es Heckler & Koch im Jahr 2003. 60 Millionen Euro verdiente die Firma nach eigenen Angaben mit Exportgeschäften.

Edmund Heckler und Theodor Koch, zwei Ingenieure der ehemaligen Mauser-Werke, gründeten 1949 die kleine Firma Heckler & Koch und stellten Nähmaschinen- und Fahrradteile her. Ein paar Jahre lang war Oberndorf „clean“.

Den Rückfall aber brachte schon bald die neu gegründete Bundeswehr. Sie schrieb 1956 den Großauftrag für ein Infanteriegewehr aus. Die junge Firma Heckler & Koch bewarb sich und schlug mit dem Entwurf des später als „G3“ bekannten Gewehrs alle Konkurrenten aus dem Rennen.

Immer wieder Waffen, sagt der Pfarrer und zitiert ein geflügeltes Wort, das seit langem in der Region die Runde macht: Egal was man anfängt in Oberndorf – am Ende wird's immer ein Gewehr.

Auf 10 Millionen schätzt UNICEF bis heute die weltweite Verbreitung des Gewehres vom Typ „G 3“



Zahlen und Fakten

Milliardengeschäfte: Deutsche Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten

Von Clemens Ronnefeld

Die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens steht derzeit – angefacht durch die US-Kriege in Afghanistan und Irak, sowie den Druck auf Syrien und den Iran – vor einer gewaltigen Aufrüstungsrunde. Statt jedoch eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten voranzubringen, gießt die Bundesregierung derzeit als einer der weltweit größten Waffenexporteure Öl ins Feuer der Krisenregion. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) erhalten aus Deutschland 32 Spürpanzer „Fuchs“ im Wert von 160 Millionen Euro. Die auf Funkgeräte und Messtechnik spezialisierte Firma Rohde und Schwarz (München) wird das Kommunikationssystem der VAE-Streitkräfte auf den neuesten Stand der Kriegstechnik bringen. Rheinmetall (Düsseldorf) liefert der Marine des Emirats ein neues Täuschungskörpersystem (MASS) zur Raketenabwehr. Die Golf-Emirate Kuwait, Oman und Bahrain wollen nach Angaben von Rheinmetall ebenfalls eine hohe Stückzahl des „Fuchs“-Panzers erwerben und haben starkes Interesse am Ankauf der deutschen Neuentwicklung „GTK Boxer“ bekundet, einem gepanzerten Lkw-Transporter. Oman möchte für fast eine Milliarde Euro europäische Mehrzweckkampfhubschrauber kaufen, Kuwait interessiert sich für deutsche Schnellboote und Panzerhaubitzen, und auch Saudi-Arabien hat Verlangen nach deutschen Militärgütern bekundet, darunter „Leopard“-Panzer und Korvetten.

Die Lürssen-Werft (Bremen) erhielt von Jemen den Zuschlag für zehn Patrouillenboote (100 Millionen Euro). Mit dem deutschen Bundeskanzler reisten im März 2005 auch Vertreter von Siemens und EADS durch die Golfregion, die großflächige elektronische Grenzüberwachungssysteme anbieten. Mehrere Emirate wollen entsprechende Aufträge in Milliardenhöhe vergeben. An Israel steht noch eine U-Boot-Lieferung der Delfin-Klasse aus, bereits gelieferte U-Boote aus Deutschland wurden in Israel atomar umgerüstet.

Der Autor ist Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund, Deutscher Zweig.

www.versoenhungsbund.de

Jede Minute ein Mensch

Jedes Jahr werden weltweit ein halbe Million Menschen durch Schusswaffen getötet – jede Minute ein Mensch. Der Wert der weltweit genehmigten Waffenexporte beträgt 21 Milliarden US-Dollar pro Jahr. 639 Millionen Kleinwaffen sind weltweit im Umlauf, die in mehr als 90 Ländern von über 1.200 Firmen hergestellt werden. Jedes Jahr werden weitere acht Millionen Kleinwaffen und 16 Milliarden Munitionseinheiten produziert – das sind mehr als zwei Geschosse für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind auf der Welt. Etwa zwei Drittel der Kleinwaffen befinden sich in den Händen von Zivilisten. In derselben Minute, in der eine Person durch bewaffnete Gewalt stirbt, werden 15 neue Waffen hergestellt.

Ali Al-Nasani, Sprecher der Algerien-Koordinationsgruppe von amnesty international

Zum Beispiel Irak: Kein Krieg ohne deutsche Technik

Bei dem Angriff der USA, Großbritanniens und ihrer Verbündeten auf den Irak im März 2003 und der anschließenden Besetzung des Landes kamen deutsche Rüstungskomponenten in großer Zahl und als Teile vieler Waffensysteme zum Einsatz.

Auf sandigem Wüstenboden bewegten sich britische Panzerhaubitzen „AS 90“ auf Ketten der deutschen Firma Diehl Remscheid, und mit Getrieben der Zahnradfabrik Friedrichshafen gut voran. Britische Infanteriesoldaten hielten vom deutschen Hersteller Heckler & Koch modernisierte Sturmgewehre des Modells „SA 80 A2“ in den Händen. Auf einigen dieser Gewehre war auch der Heckler & Koch-Granatwerfer „AG 36“ montiert. Die Zielerfassung der amerikanischen F-15E- und F-16C/D-Kampfflugzeuge gelang unter Mitwirkung der Infrarot-Sensortechnik und der Kühlsysteme der Firma AEG Infrarotmodule GmbH, die seit 1986 die US-Streitkräfte beliefert. Elektronische Zünder von Junghans Feinwerktechnik und Treibladungen des Herstellers Nitrochemie sorgten dafür, dass diverse Munitionsarten der Streitkräfte der USA und Großbritanniens zuverlässig explodierten.

Heute stocken die zuletzt genannten Firmen die Munitionsvorräte beider Staaten wieder auf – ein lukratives Folgegeschäft. Ende 2003 wurden die ersten 300 „Stryker“-Kampffahrzeuge von den US-Streitkräften in den Irak verlegt, um mobiler gegen irakische bewaffnete Gruppen vorgehen zu können. Geschützt werden sie durch die Panzerungstechnologie des deutschen Ingenieurbüros Deisenroth.

Die Zahl der direkten und indirekten Opfer deutscher Wehrtechnik im Rahmen dieses Krieges wird sich sicher nie ermitteln lassen. Auch wenn die Bundesregierung diesen Krieg offiziell ablehnt, hat doch die deutsche Rüstungsindustrie durch Zulieferungen an Großbritannien und die USA ihren Beitrag dazu geleistet. Die Bundesregierung hat diese Tatsache geduldet.

Entnommen aus: „'Made in Germany' inside-Komponenten, die vergessenen Rüstungsexporte“ eine Studie von Otfried Nassauer und Christopher Steinmetz vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (Februar 2005). www.bits.de

Kriegswaffenkontrollgesetz

„Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden.“



Wer Geld hat, kann kaufen: In vielen Regionen der Welt ist der Handel mit Waffen kaum eingeschränkt. Das Bild zeigt einen kurdischen Händler im Iran, der in seinem Waffengeschäft Gewehre und Maschinenpistolen verkauft.

Anwerben mit Wargames und Schönheitschirurgie

Großbritanniens Berufsarmee hat Nachwuchsprobleme und knabbert an internen Problemen

Von Senya Müller

In Großbritannien wird das Werben um neue Rekruten immer schwieriger. Schlechte Bezahlung, Mobbing und die Vorkommnisse rund um den Irak-Krieg lassen die Zahl der Neuzugänge bei den britischen Streitkräften noch mehr schrumpfen. Mit aufwändigen Kampagnen, Gratisausbildung und allerhand Gratifikationen werden selbst 14-jährige schon umworben.

„Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nur ein einziges Jahr, in dem kein Brite an der Front gefallen ist“, kommentiert ein Sprecher das Geschehen. Während der Gedenkminute stehen den Zuschauern aller Altersgruppen und den Akteuren die Tränen in den Augen. Seit über hundert Jahren präsentierten sich so die britischen Truppen beim Royal Treatment, einem Show-Wettkampf, in dem die Teilnehmer ihre zuweilen artistische Leistungsfähigkeit präsentieren. Diese und andere Veranstaltungen zeigen, wie stark emotional gefärbt das Verhältnis der Briten zum Militär ist. Und viele Angehörige der Streitkräfte fühlen sich gar wie eine große Familie, wie Victoria Combe, die

Frau eines Offiziers in Belfast sagt.

Für die Gefallenen finden sich täglich Erinnerungsanzeigen in der Tageszeitung „The Daily Telegraph“. Gedenktage wie Poppy-Day für die Kriegsgefallenen, oder D-Day (Erstürmung der Normandie) werden in Großbritannien ähnlich zelebriert wie anderswo kirchliche Feiertage. Liebevoll tituliert man die Soldatinnen und Soldaten als „our boys and girls“ und die Bevölkerung sammelt für sie Geschenke, die an die Front geschickt werden.

Das britische Heer gilt international als besonders erfolgreich, was nach Ansicht von Fachleuten vor allem auf das exzellente Training – Personalführung, technische Ausbildung und Fitness – zurückzuführen sei. Seit 1962 hat Großbritannien eine Berufsarmee. Die Armed Forces, bestehend aus British Army, Royal Navy und Royal Airforce mit einer Personalstärke von 210.000, davon 7000 Frauen. Eine größere Reform steht jetzt an. Unter anderem will man die Anzahl der Infanterie-Regimenter von 40 auf 36 kappen.

Problembereich Mobbing

George Wilde, pensionierter Scotland-Yard-Officer, zuletzt tätig in der Schutztruppe um den damaligen Premierminister John Mayor, war

selbst nicht beim Militär, doch in seiner Familie hat das Soldatische Tradition. Sein Vater diente bei einer Schottischen Einheit und sein Sohn war bereits mit 16 Jahren bei der Armee. Nach dem Irak-Krieg ist Wilde ernüchtert: „Die jungen Soldaten fühlen sich betrogen und von der Regierung missbraucht. Jeder weiß doch längst, das es die wapons of mass destruction nicht gegeben hat.“

Auch innerhalb der Armed Forces gibt es Probleme. Die bekannten Vorfälle im Irak, wo auch britische Soldaten Gefangene gefoltert haben sollen, lösten tiefe Beschämung aus. Ein weiterer Brennpunkt sind die Vorkommnisse am Armeestandort Deepcut in Surrey. Dort kamen 2002 vier Rekruten des Royal Logistic Corps (RLC) auf mysteriöse Weise ums Leben.

Ex-Scotland-Yard-Officer George Wilde war lange vor Deepcut involviert in Untersuchungen, die er zusammen mit der Militärpolizei durchführte. Er beklagt die (damals) mangelnde „Gründlichkeit“ der Militärpolizei, besonders wenn es um Vorkommnisse in der eigenen Truppe gehe. Nun hofft er, dass vieles endlich ans Licht kommt.

Immerhin räumten Mitglieder des britischen Parlaments im Jahr 2003 ein, dass die Todesfälle in Deepcut mit großer Wahrscheinlichkeit „mit den extremen Praktiken von Bullying,“ – wie die Briten Mobbing nennen – „routinierter Gewaltanwendung und sexuellen Übergriffen“ in Zusammenhang stünden. Vorkommnisse dieser Art waren Anlass zu Untersuchungen, wie sie der Minister of the Armed Forces 2002 durchführen ließ. Dabei ergab sich, dass sieben bis acht Prozent der befragten Soldaten selbst Opfer von Bullying-Praktiken waren. In einer weiteren Army-internen Untersuchung von 2003 erklärten 43 Prozent von 2000 befragten Soldaten, dass Bullying ein Problem sei, fünf Prozent beklagten, selbst gemobbt worden zu sein.

In einer Studie des George C. Marshall European Centre for Security Studies (2004) werden Bullying-Praktiken von 1987 bis 2004 untersucht. Der Autor, James K. Wither, ein Army-Offizier, kommt zu dem Ergebnis, dass in zivilen Betrieben zwar auch gemobbt werde, die physische Gewaltbereitschaft beim Militär durch die äußeren Umstände aber weit größer sei. Mittlerweile hat man eine 24-Stunden-Helpline eingerichtet, bei der Soldaten sich Hilfe holen können. Doch das Problem scheint noch lange nicht gelöst.

Schönheits-OP als Bonus

Den guten Ruf des britischen Heeres bewahren zu wollen, hat vor allem pragmatische Gründe. Denn in den vergangenen Jahren gab es bereits Probleme, genügend Rekruten zu gewinnen



„Our boys and girls“: Bereits 14-jährige werden von der britischen Armee heftig umworben



und es wird zunehmend schwieriger, obwohl man das anvisierte Ziel für 2001/2002 von 15.000 auf rund 11.500 für 2003/2004 heruntergesetzt hatte.

Einen der Hauptgründe dafür, warum die militärische Laufbahn so unattraktiv ist, sieht Peter Monte, deutscher Marineattaché in London, in der schlechten Bezahlung. „Es werden gute Techniker und Ingenieure gesucht. Doch diese können in der freien Wirtschaft viel mehr verdienen.“

Um die Personallücke zu schließen, werden Zugeständnisse gemacht und Gratifikationen vielfältiger Art geleistet. So hat man die Strafen bei Drogenmissbrauch gelockert – wer das erste Mal erwischt wird, wird zwar bestraft, aber nicht gleich entlassen, wie das bisher der Fall war. Seit 2000 können offiziell homosexuelle Männer und Frauen den Streitkräften beitreten. Frauen erhielten gar als Bonus 3.500 Pfund für Brustvergrößerungen, wie die britische Tageszeitung „The Guardian“ im April 2001 berichtete. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums begründete dies mit „strikter klinischer Notwendigkeit“, wobei dies beinhaltete, dass man die Frauen zu „glücklicheren Soldatinnen“ machen wollte.

Wer einmal beim Militär war, verbessert seinen Wert auf dem Arbeitsmarkt entscheidend. Britische Arbeitgeber sehen es gerne, wenn man dort Disziplin und Ordnung gelernt hat. Weiterhin können junge Menschen, die später zum Militär wollen, eine kostenlose College- und Universitätsausbildung absolvieren. So wie Keith Bell, der das renommierte Welbeck College in Nottinghamshire besucht. „Zwar muss ich der Armee später nicht unbe-

Bewachte Kaserne im St. John's Wood, einem Stadtteil im Norden von London

dingt beitreten, aber man wird nur genommen, wenn man schon eine hohe Affinität zum Militär hat“, sagt er.

Ehemalige Häftlinge als Armee-Nachwuchs akzeptiert

Trotz dieser Lockangebote gibt es immer noch Engpässe beim Personal. Deshalb sind sogar ehemalige Häftlinge, die bis zu zwei Jahre in einer Haftanstalt verbrachten, als Bewerber willkommen. Minderjährige und selbst Kinder umwirbt man heftig. Rund sechs Millio-

nen Pfund (umgerechnet neun Millionen Euro) haben die Armed Forces zwischen 1994 und Juli 1999 für Werbekampagnen ausgegeben, um 16- bis 24-jährige Bewerber zu gewinnen. Unter anderem verteilte die British Army 1998 eine CD-ROM mit dem Titel „Wargames“ in Schulen. Mit einer weiteren CD, „First Contact“, konnte der User digital eine so genannte „SA80 Assault Rifle“ zusammensetzen.

Doch nicht nur auf den CDs wird der erste Kontakt gefördert. Im Mai 2000 veranstalteten die vier Regimenter der Irischen Armee einen Tag der Offenen Tür, bei der Kinder mit Panzern spielen konnten und unterwiesen wurden, wie

man mit Schusswaffen zielt und wie man Camouflage – eine Tarnbemalung – aufträgt. Weiterhin besucht das „Army-School-Presentation-Team“ regelmäßig Schulen und Jugendorganisationen, um sich mit 14- bis 18-jährigen über ihre Perspektive beim Militär zu unterhalten.

„Child Soldiers“, eine weltweite Koalition gegen Missbrauch von Kindern als Soldaten mit Sitz in London, missbilligt solche Praktiken. In einem Bericht der Organisation heißt es, dass Großbritannien innerhalb Europas das niedrigste Eintrittsalter für die Rekrutierung, und die meisten Rekruten unter 18 Jahren bei den regulären Streitkräften habe (7.000 bis 8.000). Das Vereinigte Königreich sei weiterhin das einzige europäische Land, das Soldaten dieser Altersgruppe regelmäßig ins Feld schicke.

Außerdem wird beklagt, dass vor allem jüngere die Opfer sind von extremem Mobbing und sexuellem Missbrauch. Eine Konsequenz davon ist, dass die Selbstmordrate innerhalb der Gruppe der Jüngeren (16 bis 19 Jahre) um 1,5-mal höher ausfällt, als in der Bevölkerung und der übrigen Truppe, so Simon Sanders, Sprecher der British Army.

Wer den britischen Streitkräften beitrifft, unterzeichnet einen Vertrag, der mindestens drei Jahre läuft. Dabei wird die Zeit vor dem 18. Lebensjahr nicht angerechnet, so dass sich ein 16-Jähriger bis zum 22. Lebensjahr verpflichten muss. Will man einen Weiterbildungskurs belegen, der länger als zwei Wochen dauert, muss man gar acht Jahre dabeibleiben.

Simon Sanders „Zunächst handelt es sich ja um einen ganz normalen Arbeitsvertrag. Der Arbeitnehmer hat sich darin seinem Arbeitge-

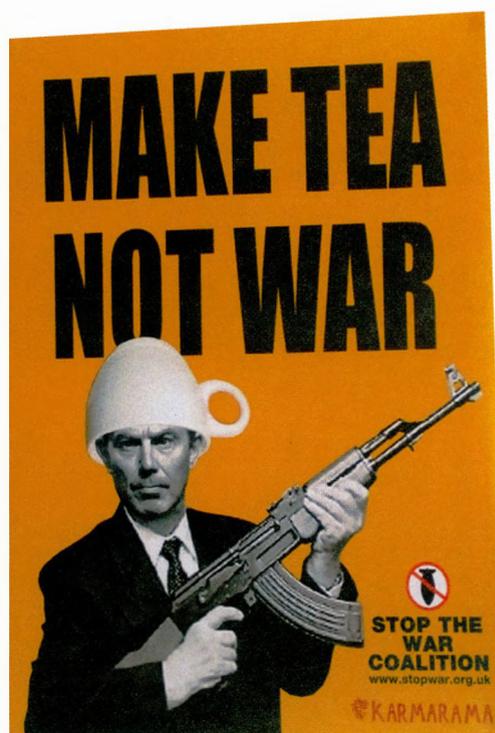


Keine Feierlichkeit ohne Militär: Panzer bei der Neujahrsparade in London

ber gegenüber verpflichtet. Aus Gewissensgründen kann der Vertrag jedoch vorzeitig gekündigt werden. Allerdings müssen schon schwer wiegende Gründe vorliegen. Es ist müßig Beispiele zu nennen, denn jeder Fall ist anders und wird sorgfältig geprüft.“ Dasselbe gelte, wenn jemand nicht in den Krieg gehen wolle. Kann er seinen Standpunkt schlüssig darlegen, darf er sogar weiter in der Armee bleiben, ohne am Kampfgeschehen teilnehmen zu müssen. Wer den Beistand und die Beratung eines Geistlichen benötigt, wird an einen speziellen Seelsorger der Armed Forces verwiesen. „Wenn dieser die Beweggründe des Kriegsdienstverweigerers billigt, wird dem Gesuch im Allgemeinen stattgegeben“, so ein Sprecher der Anglikanischen Kirche. **Z**



PR-Kampagne: Die Armed Forces werben neue Rekruten in einem der typisch englischen Doppeldeckerbusse – hier auf dem Trafalgar Square, bei den Feierlichkeiten zum Chinesischen Neujahr am 13. Februar



Poppy-Day heißt der britische Gedenktag der Kriegsgefallenen. Poppies (Mohnblumen) wählte man als Symbol, weil sie auf den Kriegsschauplätzen Europas weit verbreitet waren. Die Poppy Factory LTD in Richmond (London) bietet Kriegsversehrten die Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen. Über 107.000 solcher Kränze und 34 Millionen Papier-Poppies werden dort jährlich hergestellt.



„Make tea not war“: Enttäuschung über den Irak-Krieg herrscht nicht nur bei Friedensgruppen. Viele Briten machen die Regierung für die Vorkommnisse und Fehler innerhalb der Armee verantwortlich – nicht das Militär oder die Soldaten und Soldatinnen, die nach wie vor liebevoll als „our boys and girls“ bezeichnet werden.

Zum Thema „militärische Nachwuchswerbung“ ist in zivil bereits erschienen: „Operation Schulhof – wie die US-Army um Nachwuchs kämpft“, von Werner Schulz (zivil 4/04).

Das zivile Rätsel 2005 – zum Zweiten

Von Michael Wilke

Mitmachen und Mitdenken – meistens um die Ecke, manchmal auch geradeaus – so kommt Ihr zur Lösung. Das Lösungswort ergibt sich aus den markierten Feldern!
Viel Spaß wünscht Euch der Micha.

WAAGERECHT

- 1 Bedeckt dünnen Boden aus Hefe, Mehl, Wasser und Salz
- 10 Extrem gedrungene Handschrift
- 12 Raumpatrouille
- 13 Gullivers Reisen in dieses Land der Däumlinge
- 14 Ein stilles, primitives Örtchen
- 16 Einheitszeichen für britische und amerikanische 0,4536 Kilo. Bei uns 500g.
- 17 Kochsalz' erster Teil
- 18 Kreuzinschrift Jesu
- 19 Jemandem in England schöne Augen machen oder begaffen
- 21 Stellte den Kanzler vor Gerhard
- 22 Hinter den Ziffern tragen diese auf Ihrer Kennzeichnung ein H
- 25 im Französischen
- 26 Dinge zum Transport verstauen und Gäste dazu bitten
- 28 Nebenfluss des Rheins
- 30 Englischer, zündender Gedanke
- 31 Bringt man es freiwillig, so übt man Verzicht
- 33 Dreht sich in schwindelnde Höhen
- 36 so geweckt zu werden ist grob
- 39 www.zivil.unddann

- 40 Ü
- 41 Ohne this wäre der 17-Uhr-Tee not possible
- 42 Untere Beinteile, oft mit Rotkohl und Knödeln, anderswo auch mit zentralem ch möglich
- 44 TV und Hörfunk in Österreich
- 45 Nicht ____ sprach der D ____ und verschwand in der Wand
- 47 Berg auf dem altertümlichen Kreta und Name mehrerer Frauen
- 49 Zeitung mit drei Buchstaben
- 51 Auch ohne kann man so jemanden auf etwas festlegen.
- 53 Artikel aus Frankreich
- 54 Das Sichtbarsein eines Sprechers auf der Bühne oder im TV
- 55 Nochmal 39 WAAGERECHT
- 56 Das ist die griechische Luft Luft Luft

SENKRECHT

- 1 Wechselt zurzeit nach und nach von grün-weiß in blau-silber.
- 2 Droht dort ein neuer Krieg?
- 3 Gelb und gepresst recht sauer
- 4 Mit dem alphabetischen Schluss wird aus dem Menschaffen ein afrikanischer Marder
- 5 Ruinenstätte in der Türkei, bei Kars. Kleiner Blick in den Atlas...
- 6 Klagende Gedichtform
- 7 Lithium periodisch
- 8 Diese einem Schloss folgend war einst monopolistischer Luxus

- 9 Aufforderung zum 31 WAAGERECHT
- 10 Liebhaber unseres besten Freundes
- 11 Überraschung! Da tut ihr dies aber nicht schlecht...
- 15 Würden zuhauf bei 14 WAAGERECHT zurückgelassen
- 20 Zwischen K und Q
- 23 Hier und dies, dies und dort
- 24 Unwillkürliche Reaktion
- 27 Übersetze und kürze 30 WAAGERECHT
- 29 Dies sind z.B. ev und kath
- 32 Tretet kräftig in diese, dann habt ihr's bald geschafft
- 33 Aus dem griechischen Stammender Autoreifen
- 34 Adressierter Ortsteil
- 35 Um ein Drittel gekürzt fällt dieses Wild beim Skatklappen
- 37 Mantel-Marder
- 38 Für den Gegner unerreichbarer Auftakt-schlag
- 42 Pflege und Schutz des Wildes, wird mit Ge- zu seinem Gefängnis
- 43 Unbestimmte Artikelin
- 46 Namensvorsatz mancher Kommune, wird gerne genommen
- 48 Verband der freien Wohlfahrtspflege
- 50 Let's geht's!
- 52 Die größte Stadt Kaliforniens extrem verkleinert

1	2	3	4	5	2	6	7	8	9		10	11
12			1			13						
14					15			16			17	
18		4			19		20			21	6	
		22		23				24		25		
26	27							28	29			
30							31	32	9			
				33		34						35
36	37		38	5				39			40	
41							42			43		
44	8			45		46	3			47		48
	49		50		51				52			
53		MW 2005	54			55			56			7

Tragen Sie das Lösungswort auf dem Abschnitt Seite 33 ein und schicken Sie es auf eine Postkarte geklebt an uns:

Redaktion zivil
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart

oder per E-Mail: raetsel@zivil.de

Achtung: bitte den Absender nicht vergessen!
Einsendeschluss ist der 15. Juni 2005.

Unter den richtigen Rätsel-Einsendungen verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) wieder folgende Gewinne:

1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 50 €
2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 25 €
3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 15 €
- 4.-10. Preis: je ein zivil-Freiabo für ein Jahr

Das gesuchte Lösungswort des Preisrätsels 1/05 war: FRIEDENSFORSCHUNG

Die drei Büchergutscheine haben gewonnen:
Christian Piallas aus Stuttgart, Jan Philip Schnieder aus Ostercappeln und Tobias Henke aus Schwarzenbek.

Wir gratulieren und sagen Danke fürs Mitmachen! Alle Gewinner werden von uns schriftlich benachrichtigt.

Quell ewiger Wonne

Von Jörg Benzing

Die große Stadt im märkischen Sand putzt sich als Hauptstadt heraus. Von überall her kommen die Besucher und staunen, was in den vergangenen 15 Jahren aufgebaut worden ist. Alles drängt nach „Mitte“ und flaniert zwischen den hohen Glasfassaden von Reichstag, Sonycenter und Alexanderplatz. Vielleicht lenkt einer von tausend seine Schritte auch in den Schatten der neuen Zeit und besucht die älteste Kirche der Stadt. Dort hat um 1660 einer der bedeutendsten christlichen Liederdichter gepredigt.

Bis auf den heutigen Tag haben seine Lieder nichts von ihrer Bekanntheit eingebüßt. Sie werden zu Advent, Weihnachten und Jahreswechsel ebenso gesungen wie zu Passion, Ostern und Pfingsten. Sie reden von Schmerz, Trauer und Einsamkeit, aber ebenso von Freude, Hoffnung und Zuversicht. Getragen vom Grundton des Gottvertrauens, sind die Verse über die Jahrhunderte hinweg als Trostquelle lebendig geblieben. Dietrich Bonhoeffer etwa schreibt an Ostern 1943 aus dem Gefängnis, es sei gut, seine Lieder zu lesen und auswendig zu lernen, wie er es jetzt tue.

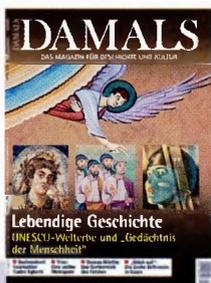
Eine herausragende Rolle in ihnen spielt die Lichtmetapher. Das Wort Gottes, Christi Kommen und die Erlösung kleidet der Dichter in die Bilder von Fackelschein oder Sonnenglanz. Das große Licht verheißt Auferstehung und ewiges Leben: „Du aber, meine Freude, / du meines Lebens Licht, / du ziehst mich, wenn ich scheide, / hin vor dein Angesicht / ins Haus

der ewgen Wonne, / da ich stets freudenvoll / gleich wie die helle Sonne / mit andern leuchten soll.“ Die Auffassung, dass alles Leben und Streben vergänglich sei und der Mensch auf Erden keine Bleibe habe, teilt er mit zeitgenössischen Barockdichtern wie Gryphius oder Fleming.

Leid, Verlust und Tod hat er im Übermaß erfahren. Er ist noch keine zehn Jahre alt, da entbrennt ein Krieg, der weite Teile Deutschlands verwüstet. Früh verliert er die Eltern. Mit 21 Jahren – für damalige Verhältnisse spät – beginnt er in Wittenberg das Theologiestudium. Vorbereitet für den Pfarrberuf, arbeitet er lange Jahre als Hauslehrer. Erst mit 44 Jahren bekommt er die erste Predigtstelle in der Mark Brandenburg. Nach sechs Jahren wird er nach Berlin berufen. Er heiratet und gründet eine Familie. Fünf Kinder bringt seine Frau zur Welt, aber nur ein Sohn überlebt ihn.

Als Lutheraner gerät er in Konflikt mit seinem Landesherrn. Dieser hängt der Lehre Calvins an und verlangt von den lutherischen Pfarrern, dass sie auf der Kanzel nicht gegen die „Reformierten“ streiten. Die Verweigerung dieses Gebots kostet ihn 1666 die Stelle. Wieder mittellos, ist er auf die Unterstützung von Freunden angewiesen. Zwei Jahre später stirbt seine Frau. Noch einmal wird er ins Pfarramt gerufen; in einer Gemeinde im Spreewald lebt er bis zu seinem Tod 1676.

In einem seiner letzten Lieder hat er gedichtet: „Hier reis ich bis zum Grabe; / dort in der ewgen Ruh / ist Gottes Gnadengabe, / die schließt all Arbeit zu.“ Wer war's?



„DAMALS“-Abo zu gewinnen!
Unter den richtigen Einsendungen zu „Wer war's?“ verlosen wir wieder ein Halbjahres-Abo der Zeitschrift „DAMALS – das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur“. Wir danken der Konradin Medien GmbH für die freundliche Unterstützung. www.damals.de



Die gesuchte Person aus Heft 1/05 war Till Eulenspiegel, der Held eines humoristischen Romans (um 1350)

Das „DAMALS“-Abo hat Leonard Acker aus Öhringen gewonnen.

Das Lösungswort vom Kreuzworträtsel:

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Wer war's? Der gesuchte Name:

Ich bin Zivi: nein ja, bis _____

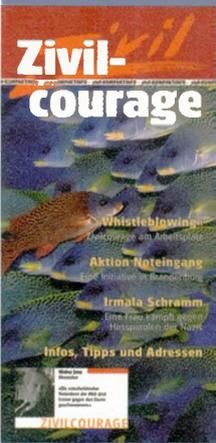
Betr. zivil: Anregungen, Kritik, Lob... Sagen Sie uns die Meinung!



zivil-Kompaktinfo

„Der zensierte Frieden“

Nicht nur pazifistische Literatur und deren Autoren unterlagen jahrhundertelanger der Verfolgung und Zensur, auch gewaltkritische Lieder, Kunstwerke, Filme, Kabarettprogramme, ja sogar Witze wurden von totalitären Machthabern unterdrückt und die Urheber diskriminiert und bestraft. An unterdrückte Friedenszeugnisse und ihre AutorInnen, an ihre vielfach aktuell gebliebenen Gedanken, Ängste und Leidenschaften erinnert das 24-seitige zivil-Kompaktinfo „Der zensierte Frieden“.



zivil-Kompaktinfo

„Zivilcourage“

Zivilcourage – der Begriff ist en vogue, aber wird er auch richtig verstanden? Das 16-seitige zivil-Kompaktinfo füllt den Begriff mit Inhalt. Es werden Beispiele gelungener Aktionen vorgestellt, die vom couragierten Schutz jüdischer Menschen während der Naziherrschaft bis zum Engagement so genannter „Whistleblower“ an ihrem Arbeitsplatz reichen.



zivil-Kompaktinfo

„Gewalt überwinden“

Für die Jahre 2001 bis 2010 hat der Ökumenische Rat der Kirchen weltweit die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ ausgerufen. Auf 16 Seiten macht die Broschüre die Zielrichtung dieser christlichen Basisbewegung deutlich, erinnert an historische Wurzeln und benennt praktische Beispiele.

Kompaktinfos gegen 1,00 € pro Heft vorab in Briefmarken: Redaktion zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart

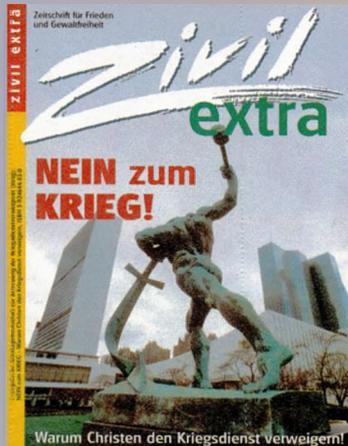
Die Hefte eignen sich sehr gut zur Weitergabe in Gruppen und Gemeinden. Wir bieten Staffelpreise für Klassensätze und Gruppen – fragen Sie uns:
 Telefon 0711/636 82 14,
 Fax 0711/636 90 09,
 E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de

„Du sollst dich nicht am Töten beteiligen“



Format: 48 x 68 cm
 Einzelpreis: 3,00 €
 zuzüglich Versand:
 – in der Rolle: 6,00 €
 – A4 gefaltet: 1,44 €

Versand nur gegen Vorauskasse in Briefmarken bei: Redaktion zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart



zivil-extra

„NEIN zum Krieg!“

Von den Ursprüngen der Kirche bis hinein in unsere Zeit reichen die zahlreichen Beispiele christlich motivierter Kriegsdienstverweigerung, die in dieser reich bebilderten Broschüre zusammengetragen wurden. Das vierfarbige Heft mit 64 Seiten kostet 3,00 €. Versand nur gegen Vorauskasse in Briefmarken!
 3,00 € pro Heft plus 0,85 € für Rückporto



Das zivil-Buch

„Die Kunst des Friedens“

26 Kunstwerke aus unserer Rubrik zivil-Galerie werden in diesem einzigartigen Buch vorgestellt und besprochen. Dazu wichtige und informative Hintergründe zum Kunstobjekt und zum Künstler: Pablo Picasso („Der Frieden“), Otto Dix („Der Krieg“), Josep Beuys („Der Friedenshase“)...
 126 farbige Seiten, statt bisher 14,90 € jetzt nur noch 10,00 € zuzüglich Versand

Bestelladresse: Redaktion zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart
 Tel.: 0711/636 82 14, Fax: 0711/636 90 09,
 E-Mail: redaktion.zivil@t-online.de, www.zivil.de

„Irgendwas mit Film...“

Ein Seminar bei der Filmwerkstatt Münster könnte der Einstieg in einen Filmberuf sein

Von Ex-ZDL Julian Jacobi

„Die wenigsten Produzenten im Filmgeschäft wollen 'nen Aufguss von Romeo und Julia. Wenn Du so was machen willst, bleib am Besten gleich zu Hause...“ So ähnlich lauteten die ersten Worte, die Winfried Bettmer, Leiter der Filmwerkstatt Münster, mit mir wechselte. Als Beruf strebte ich „irgendwas mit Film“ an und wollte mich im März 2004 in der Filmwerkstatt informieren, welche Möglichkeiten ich habe. Da kam mir das Seminarangebot der Filmwerkstatt gerade recht. Ideen hatte ich selber, nur die Technik galt es zu lernen. Und so entschied ich mich für das Paket „Basisqualifizierung Film“ bestehend aus den Seminaren: „Grundlagen der Filmtonaufnahme“, „Filmschnitt“ und natürlich „Filmkamera I“ (Theorie) und „Filmkamera II (Praxis)“.

Auf ein besonderes Schmankerl, welches das Bundesamt für den Zivildienst filminteressierten Zivis bietet, sei hier ausdrücklich hingewiesen: die „Berufsbildende Maßnahme“. Das Bundesamt für Zivildienst übernimmt nahezu die gesamten Seminarkosten unter der Voraussetzung eines Nachweises, dass das neu erschlossene Wissen in engem Zusammenhang mit dem angestrebten Berufsziel des Zivis steht. Beim Thema Film wäre das neben einem Studium an einer Filmhoch-

schule oder -universität auch ein Praktikum, welches meist eh Voraussetzung für ein Studium ist, oder eine Ausbildung in einem Medienbetrieb.

„Der Zuschauer ist dein einziger Freund“

Es empfiehlt sich, beide Seminare als Paket zu buchen, da sich die Theorie um ein Vielfaches besser verstehen lässt, wenn man sie selbst einmal angewandt hat, sprich, durch eigene Fehler lernt.

Aber der Reihe nach: Die Leitung beider Seminare (Theorie und Praxis) übernimmt der mehrfach mit dem Grimme Preis ausgezeichnete und Rainer Werner Fassbinder erfahrene ARD-Kameramann Peter Csaba auf überaus sympathische Art und Weise. Und jetzt darf man sich auf was gefasst machen. Denn wer vorher annahm, die Aufgabe des Kameramannes beschränke sich lediglich darauf, vom Regisseur geplante Einstellungen abzufilmen, wird schleunigst eines Besseren belehrt.

Treffender eignet sich die Berufsbezeichnung aus dem Englischen: „Director of Photography“. Der Kameramann als „Regisseur des Bildes“ schafft bewusst eine dramaturgische Kameraarbeit, die den Zuschauer in den Sog des Geschehens zieht. Der Zuschauer soll „emotional von einer Geschichte erregt“ werden, so Csaba, „er ist dein einziger Freund. Verdirb's dir nicht mit ihm. Man muss den Zuschauer an die Hand nehmen.“ Und deshalb darf die eine Szene nur so, und die andere Szene nur so gedreht werden.



Fotos: Filmwerkstatt Münster

Und dementsprechend versuchen wir es. Unter simulierten Setbedingungen setzen wir das theoretische Wissen um und drehen mit Unterstützung der anderen Kursteilnehmer jeweils „unsere“ Geschichte. Eine Stunde Zeit bleibt, diese auf 16 mm Filmmaterial zu bannen. „Simulierte Setbedingungen“ – das sind Aufgaben wie Lichttemperatur messen, Blende einstellen, Schärfziehen, Klappenschlagen und nicht zuletzt auch das Lichtsetzen! Peter Csaba: „Wenn deine Szene morgens spielen soll, dann muss das Licht auch von Osten kommen, egal, ob da jetzt Osten ist oder nicht.“

Nach einem langen Tag „am Set“, der bis in die späten Abendstunden dauert, wird das belichtete Material am nächsten Tag im Kopierwerk abgeholt und auf dem Schneidetisch gesichtet, geschnitten und ausführlich unter technischen und dramaturgischen Gesichtspunkten analysiert – die Stunde der Wahrheit. Manche Szenen funktionieren einfach nicht, und sei es nur, weil das Licht falsch gesetzt wurde. Eine Film„vorführung“ mit hohem Unterhaltungswert und erhellendem Lernfaktor.

Auch Technikfreaks kommen voll auf ihre Kosten: Es geht um korrekte Belichtung, um ASA-Werte, Lichttemperatur, Filter, Brennweiten, Blenden, Licht-, Raum- und Kameraachsen und natürlich um die signifikanten Unterschiede zu Video. Die Liste ist lang, aber am Ende wird man einsehen, dass die Technik lediglich das Handwerk ist. Das eigentlich Spannende ist, meiner Meinung nach, die Bildgestaltung aus dramaturgischer Sicht. Das mag für jeden anders sein, Fakt jedenfalls ist, dass sich Filminteressierte das Angebot der Filmwerkstatt Münster mal genauer ansehen sollten. Die anderen von mir besuchten Seminare sind nicht minder spannend, allerdings würde eine ähnlich ausführliche Beschreibung den Rahmen dieser Zeitschrift sprengen. Also, findet's raus und „viel Spaß beim Lernen“!

Weitere Infos zur Filmwerkstatt Münster:
www.filmwerkstatt.muenster.de, Gartenstr.
 123, 48147 Münster, Telefon: 0251/2303621





Die Chance für Realschüler

- Assistent für Elektronik und Datentechnik
- Assistent für Technische Informatik
- Assistent für Wirtschaftsinformatik
- Physikalisch-Technischer Assistent

ptlwedel 
PHYSIKALISCH-TECHNISCHE LEHRANSTALT

Feldstraße 143
22880 Wedel
Tel.: 04103 / 80 48-0
www.ptl.de

DIPLOMA HOCHSCHULEN
diploma.de

Präsenz- oder Fernstudium (FH)
Dipl.-Betriebswirt/in
Dipl.-Wirtschaftsjurist/in
Dipl.-Physiotherapeut/in
Dipl.-Ergotherapeut/in

Ortstarif: 01801/500 555
Ergotherapeut/in
Physiotherapeut/in
Biolog.-techn. Assistent/in
Pharm.-techn. Assistent/in
und weitere Berufe blindow.de

BERND-BLINDOW-SCHULEN



Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Polnisch u. a.

Perelingua - Sprachreisen
Varziner Straße 5
12159 Berlin
Tel. 030-851 80 01
www.perelingua.de

Intensivkurse, Einzelunterricht,
Sprachtraining für den Beruf



QUALIFIZIERTE AUS- UND FORTBILDUNG IM RETTUNGSWESEN

BEGINN FRÜHJAHR UND HERBST

Rettungsassistentin
Vollzeit – Hauptschulabschluss – 18 Jahre
optional (inkl.): Führerschein Klasse C1 (Rettungsfahrzeuge)

Ergänzungslehrgänge
für Rettungsassistenten • Feuerwehr • Bundeswehr
• Grenzschutz • Polizei • Krankenpflege

Rettungsassistenten
Vollzeit – Hauptschulabschluss – 18 Jahre

Lehrrettungsassistentin
30-stündige Fortbildung • Weitere Fachlehrgänge

www.blindow.com

Schulen Dr. Blindow Hannover
Tel. 05 11/81 30 66 • Fax 283 42 92
www.blindow.com

Westfalen-Akademie Minden
Tel. 05 71/84 00 83 • Fax 05 71/84 00 25
www.wa-minden.de

Westfalen-Schulen Dortmund
Tel. 02 31/55 72 07-16/20 • Fax 55 72 07-50
www.blindow-schulen.de

Vogtland-Akademie Plauen
Tel. 0 37 41/7 04 10 • Fax 0 37 41/70 41 20
www.vogtland-akademie-plauen.de



Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum/zur

- **staatl. geprüften Betriebswirt**_{in}
• Finanzwirtschaft • Touristik

Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum/zur

- **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt**_{in}
Beginn: August • Wohnheime, Förderung möglich

August-Bebel-Str. 24-27 • Tel. 03 45/6 88 77-0 • Fax -22
E-Mail: blindow.halle@t-online.de • www.blindow-schulen.de

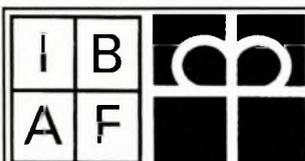
Heute lernen – morgen verdienen!

Wählen Sie aus über 100 aktuellen Kursen Ihr persönliches Bildungsziel!
Sofort anklicken, denn Weiterbildung hat einen Namen:

 **www.sgd.de**

Web-Kompass

Altersvorsorge: www.directline.de www.familienfursorge.de www.guenstigversichert.com	Fernstudium: www.zfh.de www.sozialkompetenz.de www.fernstudium-mba.de www.fsz-friedberg.de www.ils.de www.sgd.de www.blindow.de www.fernakademie.de www.euro-fh.de www.forum-distance-learning.de www.akad.de	www.reisen-touren.de www.rucksack-reisen.de www.perelingua.de www.paracentrumtexel.de	Bundesanstalt für Arbeit: www.arbeitsagentur.de www.netzeit.de www.jungekarriere.de www.stepstone.de www.praktika.de
Ausbildung: www.blindow-schulen.de www.blindow.de www.ptl.de www.steuerfachschule.de www.moefa.de	Reisen/Sprachreisen: www.lernidee.de www.flugbazar.de	Seminare / Weiterbildung: www.uni-100.de	Kirche / Diakonie: www.ekd.de www.gep.de www.die-kirche.de www.militaerseeleorge.de/j3 www.zivil.de www.7-wochen-ohne.de www.anderezeiten.de www.kirchentag.de
Bücher / Handy: www.allebuecher.de www.handysmegaguenstig.de		Stellenmarkt: www.berufsstart.de www.ihre-neue-zukunft.de www.djia.de www.jobs.de Evangelischer Entwicklungsdienst: www.eed.de www.entwicklungsdienst.de www.jugendfuereuropa.de	



Institut für berufliche Aus- und Fortbildung
 Staatlich anerkannte Einrichtung der Weiterbildung in Fachschulen

Ausbildungen mit Chancen

- **Pflege**
 Altenpflegerin
 Altenpflegehelferin
 Pflege-Schulungszentren:
 24768 **Rendsburg**, Kieler Str. 53, ☎(0 43 31) 58 93-17
 24534 **Neumünster**, Gartenstr. 28, ☎(0 43 21) 95 20-65
 23617 **Lübeck/Stockelsdorf**, Albert-Einstein-Str. 10
 ☎(04 51) 3 99 26-50 mit Altenpflegeschule Bargteheide

- **Sozialpädagogik | Sonderpädagogik**
 Staatlich anerkannte Fachschule für Heilpädagogik
 24768 Rendsburg, Arsenalstr. 2-10, ☎(0 43 31) 12 67-0

 Kirchlich anerkannte Fachhochschule für HeimerzieherInnen und ErzieherassistentInnen
 24768 **Rendsburg**, Kanalufer 48, ☎(0 43 31) 13 06-60

 Staatlich genehmigte Fachschule für Motopädagogik in Kooperation mit dem Sportverein Tüngendorf
 24536 **Neumünster**, Süderdorfkamp 22, ☎(0 43 21) 30 00-29

- **Logopädie**
 Staatlich anerkannte Schule für Logopädie
 in Miträgerschaft des Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
 24103 **Kiel**, Muhlusstr. 40, ☎(04 31) 5 57 73-0

 Wir informieren über Bildungsgutscheine der Arbeitsämter und Aufstiegsfortbildungsförderung („Meister-BAföG“)

IBAF gGmbH >> Martinshaus >> Kanalufer 48 >> 24768 Rendsburg
Alle Bildungsangebote im Internet: www.ibaf.de

Geben Sie Ihrer Karriere den entscheidenden Impuls – mit einem Fernstudium an der staatlich anerkannten Europäischen Fernhochschule Hamburg.

Karriere per Fernstudium!



Studieren Sie von zu Hause aus und erlangen Sie einen international anerkannten Abschluss:

- **Diplom-Kaufmann/-Kauffrau (FH)**
- **Bachelor of Business Administration**
- **Master of Business Administration (MBA)**
- **Hochschulkurse mit Zertifikat** (in den Bereichen Wirtschaft · Recht · Sprachen)

Fördern Sie einfach telefonisch den aktuellen Studienführer an oder informieren Sie sich im Internet!
 Tel.: 040 / 675 70-700
www.euro-fh.de

EUROPÄISCHE FERNHOCHSCHULE HAMBURG
 EUROPÄISCHE UNIVERSITÄT FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN
 Europäische Fernhochschule Hamburg
 Doberaner Weg 20 · 22143 Hamburg
 Ein Unternehmen der Klett-Gruppe

Fundierte Ausbildung: Diakonin, Diakon!

Sie sind
 interessiert an einer Tätigkeit im kirchlich-sozialen Bereich zwischen 17 und 30 Jahren alt
 Angehörige/r einer evangelischen Kirche

Sie haben
 mindestens einen Mittleren Schulabschluss

Sie finden bei uns
 Ausbildung zu staatlich anerkannten sozialen Fachberufen
 eine fundierte theologisch-diakonische Qualifikation
 gesicherte Anstellung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
 eine diakonische Lebens- und Lerngemeinschaft

Sie arbeiten dann in
 der kirchlichen Jugend- und Gemeindegearbeit
 der diakonischen Kinder- und Jugendhilfe
 Einrichtungen für Menschen mit einer Behinderung
 Krankenhaus oder Altenpflege



Die Rummelsberger

Diakonenschule Rummelsberg
 Rummelsberg 35
 90592 Schwarzenbruck
 Telefon 09128/502222
 Fax 09128/502480
www.diaikon.de



HOTELFACHSCHULE
www.blindow-schulen.de



TECHNIKERSCHULE
www.blindow-schulen.de



AUS- & FORTBILDUNG
www.blindow-schulen.de

HESSEN-AKADEMIE

Staatl. anerk. Gesundheitsberufe haben Zukunft!
 Aufnahme: Abitur, Realschule oder Hauptschule mit 2-j. Berufsausbildung

- **Ergotherapeut/in**
 WFOT (weltweit) anerkannt
- **Physiotherapeut/in**
 (auch Nachqualifizierung für Masseure)

Mögliche Förderung: BaFöG, Arbeitsamt, schuleigene Finanzierung

- **Fitness-/Kraft-/Wellness-Trainer/in**
 (ärztlich geprüft, WFF-Lizenz möglich)
- **Fußpfleger/in** auf med. Basis
 3 Mon. samstags (Fußreflexzonenmass. a. Anfr.)

Frankenstr. 42 · 34131 Kassel-Marbachshöhe
 Tel. 05 61 / 9 32 42 93 · www.b-a-kassel.de

Infos : Anzeigen:
 Tel. 0 40 / 48 75 76
RODMANN + PARTNER
 HAMBURG




Web-Kompass

Rubrik (Kostenlos): _____

Anzeigentext (bitte in Blockschrift):

10 mm/1 sp. 15,00 15 mm/1 sp. 22,50 20 mm/1 sp. 30,00
 25 mm/1 sp. 37,50 30 mm/1 sp. 45,00 35 mm/1 sp. 52,50

Preise für eine Veröffentlichung, zzgl. 16% MwSt.

Rabatte: Kombi: JS + Zivil: 17 Anzeigen schalten, aber nur 14 bezahlen!
 JS 12 Anzeigen schalten, aber nur 10 bezahlen!
 ZIVIL 5 Anzeigen schalten, aber nur 4 bezahlen!

Adresse _____ **Bankverbindung** _____

Firma: _____ Kontonummer: _____

Name: _____ Bankleitzahl: _____

Straße/Nr.: _____ Geldinstitut: _____

PLZ/Ort: _____ Ort: _____

Telefon: _____ Datum/Unterschrift: _____

Fax: _____

E-Mail: _____

Zahlung

per Bankeinzug

per Rechnung

Web-Anzeigen Kontakt + Info:
 Rodmann + Partner, Mediaberatung
 Woldsenweg 14, 20249 Hamburg,
 Tel: 040-48 75 76, Fax. 040-480 44 12,
 E-Mail: jrodmann@aol.com



Foto: dpa

Gewalt ist eine Lüge

Um das Gut des Friedens zu erlangen, muss vollen Bewusstseins festgehalten werden, dass Gewalt ein inakzeptables Übel ist und niemals Probleme löst.

Gewalt ist eine Lüge, denn sie verstößt gegen die Wahrheit unseres Glaubens, gegen die Wahrheit unserer Menschlichkeit. Gewalt zerstört das, was sie zu verteidigen vorgibt: die Würde, das Leben, die Freiheit des Menschen.

Unerlässlich ist daher die Förderung einer echten Erziehungsarbeit zur Schulung des Gewissens, die alle, vor allem die jungen Generationen, zum Guten heranbilden soll, indem sie sie für den Weitblick eines unverkürzten und solidarischen Humanismus öffnet, den die Kirche befürwortet und wünscht.

Papst Johannes Paul II in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2005.

Das Foto zeigt eine Friedensdemonstration gegen den Irak-Krieg am 5. März 2003, mit einer 150 Meter langen Friedensfahne auf dem Petersplatz in Rom.

Bernhard Heisig

Christus verweigert den Gehorsam II



Christus verweigert den Gehorsam II, 1986-1988, Öl auf Leinwand, 141 x 281 cm, Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie ©VG BildKunst 2005

„Die Wut der Bilder“ heißt eine Ausstellung, die im März in Leipzig eröffnet wurde. In dieser Ausstellung werden anlässlich seines 80. Geburtstages Werke des Leipziger Malers Bernhard Heisig gezeigt. Der Künstler malt sich auf einigen der gezeigten Werke seine Traumatisierung durch die erlebte Gewalt und Brutalität des Krieges von der Seele. Heisig war als junger, 16-jähriger Soldat der Waffen-SS in der Panzerschlacht von Caen, in der Ardennenschlacht und bei der Verteidigung Breslaus dabei.

In immer neuen Variationen bearbeitet er seinen „Alptraum Krieg“. Er malt, um vergessen zu können und reagiert auf sein Kriegstrauma mit Bildern der Wut.

Zwischen 1986 und 1988 entsteht das Bild „Christus verweigert den Gehorsam II“. Christus löst sich vom Kreuz und reißt sich die Dornenkrone vom Kopf. Der Christus des Malers ist ein halbnackter Mann in einer Uniformhose, mit dem Koppelschloss am Gürtel, auf dem die Worte standen: „Gott mit uns“. Er trägt eine Erkennungsmarke auf der Brust. Christus wird dargestellt als Soldat, der den Gehorsam und den Kriegsdienst verweigert. Er steigt aus „aus der Opferrolle der Soldaten, die auf dem ‚Feld der Ehre‘ zum Kanonenfutter werden.“ Das Bildmotiv weist zurück auf das Gemälde „Kreuzabnahme“ (1906) von Lovis Corinth.

„Ich wollte einen anderen Christus erfinden“, sagte Heisig zu seinem Bild, „keine Erlöserfigur, einen der sich nicht fügt, der den Kelch nicht nimmt, der die Dornenkrone abreißt.“ Heisig gibt dem den Gehorsam verweigernden Christus sein eigenes Gesicht.

Hinter diesem, die Dornenkrone wegreisenden Christus, sehen wir ein bleiches, gespenstisch wirkendes Kruzifix. Durch das Bild zieht sich – wie bei den alten Meistern von Engeln oder Putten gehalten – ein Spruchband: „Es ist alles so weise eingerichtet.“ Ein ironischer Satz – Ausdruck des Leidens an der chaotischen Wirklichkeit der Welt. Genauso die Reklametafel „Hurra, wir leben noch“. Links wird einem Arzt in einem blauen OP-Umhang vom personifizierten Tod eine Operationsmaske aufgesetzt: „Im Krieg musste er Verwundete zusammenflicken, damit sie wieder verwundet oder getötet wurden“ (Heisig).

Darunter sehen wir einen Jungen mit einem Kreuz auf dem Rücken („vom Tode gezeichnet“) und einen schwarzen SS-Mann, dazwischen das Porträt des alten Bernhard Heisig. Mit allen der drei Gestalten meint der Künstler sich selbst. Alle drei sind die eine Person des Künstlers. Der Junge und der SS-Mann – beide mit dem Rücken zum Betrachter – sind die Vergangenheit des Malers, das sichtbare Gesicht seine Gegenwart.

Über dem schwarz-rot-goldenen Horizont sehen wir eine aufgespießte Soldatenleiche. Hier verweist Heisig mit einem Bildzitat auf die Mitteltafel des Triptychons „Der Krieg“ von Otto Dix. Bei Dix erinnert diese aufgespießte Figur in Arm und Fingerhaltung an den Isenheimer Altar und dort an Johannes den Täufer. Bernhard Heisig, der Wahrheitssucher, Grübler, Zweifler, Staatsmaler, umstrittene Künstler und einer der wichtigsten Maler seit 1945 leistet mit seinen Bildern Erinnerungs- und Trauerarbeit angesichts unserer jüngsten Geschichte. Sein Bild „Christus verweigert den Gehorsam II“ könnte man ein säkulares „Auferstehungsbild“ nennen. Es erzählt vom Aufstand gegen Kadavergehorsam und von der Verweigerung der Opferrolle im Krieg.

Harald Wagner

Die Ausstellung im Museum der Bildenden Künste in Leipzig ist zu sehen bis 29. Mai. Weitere Stationen: Kunstsammlung Düsseldorf (11.6.-25.9.), Nationalgalerie Berlin (22.10.05-31.1.06). Ein Katalog zur Ausstellung ist im Du Mont Literatur- und Kunstverlag Köln erschienen. Er kostet im Museum 24 Euro.

Die großen Themen des Lebens

sind unsere Themen.

Psychologie Heute ist die einzige deutsche Zeitschrift, die regelmäßig und umfassend über Psychologie und die Humanwissenschaften berichtet. Die großen Themen des Lebens sind unsere Themen: Gesundheit, Liebe, Arbeit, Kommunikation, Erziehung. Wer *Psychologie Heute* regelmäßig liest, erfährt viel über sich selbst.

Psychologie Heute lesen.
Hinterher sind Sie klüger.



DIE AKTUELLE AUSGABE ERHALTEN SIE MONATLICH AM KIOSK

Schreiben Sie oder rufen Sie an: **Beltz Medien-Service**
Postfach 10 05 65, D-69445 Weinheim, Telefon: 0 62 01 / 703-200, Telefax: 0 62 01 / 703-201,
E-Mail: medienservice@beltz.de, Internet: www.beltz.de

BELTZ